



JUSOS

Niedersachsen

Beschlussbuch

Landeskonferenz

16. bis 17. Juni 2018

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm Landesvorstand 2018.....	5
ANTRAGSBEREICH: A- Arbeit.....	16
A01: Kill the Boss – Unsere Vorstellungen zu Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat.....	16
A02: Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte.....	24
A03: Leben gestalten – Arbeitskraft sichern.....	27
A04: Beendigung der sachgrundlosen Befristung.....	27
A05: Erhöhung des Freibetrages bei Hartz 4 Nebeneinkommen anderer Personen und Abschaffung der Anrechnung an Sozialleistungen.....	27
ANTRAGSBEREICH: B- Bildung.....	28
B01: Der Club der toten Dichter – Unsere Vorstellungen zu Bildung, Studium und Ausbildung.....	28
B02: Lernen zu Lehren im 21. Jahrhundert – Neue Herausforderungen in der Lehrer*innenbildung konsequent angehen.....	33
B03: Wiedereinführung eines Dezernates und einer Inspektion für Gesamtschulen.....	36
B04: Online Literatur an Hochschulen und Universitäten erhalten.....	36
B05: Ausbau der Ganztagschule fördern.....	36
B06: Klassengrößen an Gesamtschulen.....	37
B07: Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen.....	37
B08: Die Problematik von Lobbyismus an Schulen.....	38
B09: Abschaffung der Exzellenzinitiativen.....	38
B10: Israelbezogenen Antisemitismus an Schulen bekämpfen.....	38
B11: Antrag zur Statistik der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen.....	39
ANTRAGSBEREICH: D - Demokratie.....	40
D01: Das Wort Handicap aus dem Wortschatz streichen.....	40
D02: Stopp nicht meinen Stream.....	40
D03: Wahlrecht für Menschen in Betreuung „in allen Angelegenheiten“.....	40
D04: Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!.....	41
ANTRAGSBEREICH: F-Feminismus.....	42
F01: Resolution: Dem Patriarchat nicht beugen!.....	42
F02: Revolution statt Reformation!.....	44

F03: Quote fürs Parlament	44
F04: Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!.....	45
ANTRAGSBEREICH: FI- Finanzen.....	46
FI01: Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“	46
FI02: Innenstädte erhalten – Steuerpolitik gestalten.....	46
ANTRAGSBEREICH: G- Gesundheit.....	47
G01: Entbindungspfleger*innen strukturell unterstützen	47
G02: Lebensmittelampel für wirklichen Verbraucherschutz	48
G03: Organspende stärken – Widerspruchslösung jetzt!	48
G04: „Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen.....	49
G05: Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen	51
G06: Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung.....	51
G07: Übernahme eines Arbeitgeberanteils an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung von „freiwillig“ gesetzlich versicherten niedersächsischen Landesbeamten*innen	51
ANTRAGSBEREICH: I- Inneres	52
I01: Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen.....	52
I02: Kirchen überprüfen – Verfassungsfeindliche Symboliken entfernen	53
I03: Unabhängige Untersuchungsinstanz für Polizist*innen	53
I04: Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus - „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“	55
I05: E-Sport endlich als Sportart anerkennen.....	55
ANTRAGSBEREICH: O- Organisation	56
O01: Einsetzung einer Kommission zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses, „Weihnachtsgeld niedersächsischer Beamt*innen“ vom 14.04.2018.....	56
O02: Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.	57
ANTRAGSBEREICH: S- Sonstiges	58
S01: Keinen weiteren religiösen Feiertag in Niedersachsen.....	58
S02: Tanzverbot.....	58
ANTRAGSBEREICH: U- Umwelt	59

U01: The Day After Tomorrow – Unsere Vorstellungen zu Umwelt, Energie und Verkehr	59
U02: Kleines Tier - kleiner Käfig? Gesetzliche Mindestgrößen gegen Tierquälerei	63
U03: Eindämmung der Plastik-Nutzung im eigenen Verband.....	63
U04: Kein BYOD (Bring Your Own Device) an niedersächsischen Schulen	63
U05: Mehr Flauschigkeit wagen – Alpakas auf dem Göttinger Kehr ansiedeln und auswildern	64
U06: Als die Tiere den Wald verließen – Eine Geschichte vom Wolf.....	64
ANTRAGSBEREICH: V- Verkehr	65
V01: Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/ stärken.....	65
V02: Mehr Güterverkehr auf die Schiene – kombinierten Verkehr optimieren	65
V03: Zweite Klasse auf das Abstellgleis. Einheitsklasse im Schienenverkehr	65
ANTRAGSBEREICH: Initiativanträge	66
Ini1: Jusos Niedersachsen verurteilen Polizeieinsatz beim „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar	66
Ini2: Polizeigesetz in die Schranken weisen.....	67
Ini3: Strafzahlungen für ÖPNV Ausbau nutzen.....	68
Ini4: Verpflichtende Vergütung für in Prüfungsordnungen festgeschriebene Praktika	68
Ini5: „AnKER lichten, CDU-Populismus versenken!“ - Gegen AnKER-Zentren, für eine menschenswürdige und rechtssichere Asyl-Politik in Niedersachsen und überall!	69

Arbeitsprogramm Landesvorstand 2018

1 Wie versteht sich der Landesvorstand?

2 Wir verstehen uns als Vertretung der niedersächsischen Jusos in der öffentlichen Diskussion
3 und der innerparteilichen Willensbildung auf Landesebene. Wir führen die Beschlüsse der
4 Landeskonzferenz aus, erledigen die laufenden Geschäfte, koordinieren die politische und
5 organisatorische Arbeit des Landesverbandes. Darüber hinaus bringen wir die jungsozialis-
6 tischen Positionen in die landespolitischen Debatten ein.

7 Darüber hinaus stehen wir den Unterbezirken und Kreisverbänden als Ansprechpart-
8 ner*innen zur Seite und unterstützen diese bei ihrer Arbeit. Wir arbeiten part-
9 ner*innenschaftlich mit Bezirken, Unterbezirken und Kreisverbänden zusammen
10 und nehmen Anregungen und Kritik von allen Seiten gerne auf.

11 Wir lehnen die Große Koalition in Niedersachsen weiterhin ab. Unserer Meinung nach be-
12 deutet die GroKo Stillstand bzw. Rückschritt und in der Wahrnehmung der Wähler*innen
13 verschwimmen die Unterschiede zwischen SPD und CDU zu sehr. Trotz der Enttäuschung
14 über die derzeitige Koalition wollen wir wo es nur geht versuchen, unsere Themen voranzu-
15 bringen und bei Fehlentwicklungen Alarm schlagen. Darum werden wir nicht nur der CDU,
16 sondern gerade auch der SPD ganz genau auf die Finger schauen und in unserer Mutter-
17 partei weiterhin für die Interessen und die Zukunft junger Menschen kämpfen.

18 Wie wollen wir arbeiten?

19 Wir wollen weiterhin jeden Monat eine Präsenzsitzung abhalten. Diese tagen verbandsöf-
20 fentlich und sollen nach Möglichkeit zentral gelegen und für möglichst viele Jusos erreichbar
21 sein. Bei den Vorstandssitzungen soll eine angenehme und produktive Atmosphäre herr-
22 schen.

23 Neben den Präsenzsitzungen soll ebenfalls einmal im Monat sowie bei Bedarf eine Telefon-
24 konferenz stattfinden. So wird gewährleistet, dass sich der Landesvorstand mindestens alle
25 zwei Wochen austauscht.

26
27 Von den Mitgliedern des Landesvorstands wird erwartet, dass sie bei einem Großteil der
28 Sitzungen, Telefonkonferenzen, Klausurtagungen, eigenen Veranstaltungen und zentralen
29 Parteiveranstaltungen anwesend sind. Nur so können wir uns und die Partei weiter voran-
30 bringen!

31 Wir wollen vor Ort als Landesvorstand präsenter sein. Wir freuen uns, wenn wir von Gliede-
32 rungen eingeladen werden, suchen aber gleichzeitig auch das Gespräch mit den einzelnen
33 Gliederungen. Auch werden wir uns bemühen, dass wir unsere Veranstaltungen im gesam-
34 ten Landesgebiet stattfinden lassen.

35 Der Austausch mit den Unterbezirken und Kreisverbänden ist uns sehr wichtig. Die Arbeit
36 im Landesverband lebt von der Rückmeldung der Jusos vor Ort. Deshalb wollen wir Maß-

1 nahmen entwickeln, mit denen wir unsere Arbeit evaluieren und bspw. bei der Themenset-
2 zung Impulse aus der Basis aufnehmen können.

3 Im Sinne der Doppelstrategie ist es für uns selbstverständlich Bündnispartner*innenarbeit
4 zu betreiben. Wir wollen bestehende Bündnisse weiterführen und versuchen, neue Bünd-
5 nisse aufzubauen. Dabei ist es uns jedoch wichtig darauf zu achten, dass unsere Bündnis-
6 partner*innen nicht in Konflikt mit dem Selbstverständnis der Jusos stehen. Für eine Zu-
7 sammenarbeit mit rassistischen, sexistischen, antifeministischen und antisemitischen Orga-
8 nisationen, Gruppierungen und Strukturen stehen wir Jusos nicht zur Verfügung.

9 **Wie wollen wir unsere Bildungsarbeit gestalten?**

10 Mit den regelmäßig stattfindenden Verbandswochenenden wollen wir unsere Bildungsar-
11 beit auch im kommenden Jahr fortsetzen. Unsere bewährten Methoden wie die Geschlech-
12 terplenen, das Kamingsgespräch oder das World Café wollen wir weiter durchführen und
13 durch neue Aspekte bzw. inhaltliche Schwerpunkte erweitern.

14 Im Rahmen der Seminare wollen wir einen Feminismus-Tag anbieten. Dieser soll das Thema
15 Feminismus stärker in den Vordergrund unserer Seminare rücken und die Menschen für
16 das Thema sensibilisieren. Gleichzeitig wollen wir aktuelle feministische Diskurse führen und
17 sexistische Vorurteile abbauen um feministische Themen in unseren Verband zu tragen.
18 Dabei wollen wir allen Menschen die Interesse haben, Möglichkeiten bieten mehr über den
19 Bereich Feminismus zu erfahren.

20 Zu Beginn unseres Landesverbandswochenendes wollen wir künftig mehr Zeit für das Ken-
21 nenlernen aufbringen. Damit zum einen die Gruppe sich schneller finden kann, zum ande-
22 ren Erstteilnehmer*innen besser integriert werden. Im Allgemeinen wollen wir eine ausge-
23 glichene Quote bei den Referent*innen haben und unterschiedliche Themen und Gäste
24 einladen, um auch vermehrt Frauen für unsere Seminare anzusprechen. Die Workshops
25 wollen wir dabei unterschiedlich gestalten, damit die Teilnehmer*innen aktiv ins Wochen-
26 ende eingebunden werden können. Das Konzept der Geschlechterplenen wollen wir beibe-
27 halten. Sie sollen an jedem Seminartag stattfinden.

28 Künftig soll auch ein Grundlagenworkshop angeboten werden. Dabei wollen wir auf die
29 Grundwerte der Jusos oder dem Aufbau unseres Verbandes eingehen. Das Landesver-
30 bandswochenende ist die beste Möglichkeit für den Landesvorstand sich zu zeigen und
31 vorzustellen. Deshalb wollen wir neben Ansprechpartner*innen für Organisatorische Dinge
32 auch auf thematischer Ebene zur Verfügung stehen.

33 Ein erstmalig auf Landesebene so stattfindendes Konzept soll das Sommercamp im Juli sein.
34 Es soll eine Möglichkeit bieten, Bildungsarbeit und Urlaub zu verbinden. Die Ausweitung auf
35 vier Tage bietet bessere Möglichkeiten zum Schließen von Freund*innenschaften und die
36 intensivere Auseinandersetzung mit Schwerpunktthemenbereichen. Um eine ausgegliche-
37 nere Verteilung zwischen Männern* und Frauen* zu haben, sollen die inhaltlichen Schwer-
38 punkte beim diesjährigen Sommercamp gezielt vor allem Frauen* ansprechen. Inwieweit
39 uns das gelingt, möchten wir im Nachhinein evaluieren. Da das Sommercamp so erstmalig
40 stattfindet, ist es wichtig, das Konzept zu überarbeiten und langfristig möglichst zu "perfek-
41 tionieren".

1 Wir befinden uns derzeit mitten in den Planungen für einen Gewerkschaftsjugendkongress.
2 Ziel soll sowohl der Austausch mit der Gewerkschaftsjugend, als auch die inhaltliche Ausei-
3 nandersetzung sein. Die Ergebnisse sollen am letzten Tag des Kongresses mit hauptamtli-
4 chen Gewerkschafter*innen und Politiker*innen diskutiert werden. Damit wollen wir den
5 Kontakt zu den Gewerkschaften intensivieren und möglichst regelmäßig stattfinden lassen.

6 **An welchen Themen wollen wir Inhaltlich arbeiten?**

7 Inneres

8 Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Große Koalition in Niedersachsen in Sachen Innenpoli-
9 tik einen Kurswechsel anstrebt und bereits erreichte Fortschritte für mehr Freiheits- und
10 Bürger*innenrechte schon bald zurückgenommen werden könnten. Ob es um den Umgang
11 mit Geflüchteten, den Schutz der Menschen vor Polizeiwilkkür oder unser aller Privatsphäre
12 geht, wir Jusos werden die kommenden Entwicklungen scharf beobachten und kritisch in-
13 tervenieren. Speziell die sich anbahnenden Polizeigesetz-Änderungen sind in unseren Au-
14 gen hochproblematisch und gehen unserer Meinung nach in die völlig falsche Richtung. In
15 einem demokratischen Rechtsstaat müssen außerdem Fälle von Polizeiwilkkür und -gewalt,
16 seien es auch wenige, unabhängig und sauber aufgeklärt werden. Dafür werden wir uns
17 auch in Zukunft einsetzen.

18 Antifa Arbeit

19 Ob AfD, NPD, Nazi-Kameradschaften, „Identitäre“, völkische Siedler*innen, Reichsbür-
20 ger*innen usw., vom Harz bis zur Nordsee gibt es in Niedersachsen für Antifaschist*innen
21 wie uns alle Hände voll zu tun.

22 Die AfD sitzt nun auch im niedersächsischen Landtag, nachdem sie bei der vergangenen
23 Landtagswahl verhältnismäßig knapp den Einzug geschafft hat. Selbstverständlich ist es un-
24 ser erklärtes Ziel, die Partei unter die 5%-Hürde zu drücken. Darum werden wir der AfD
25 auch weiterhin das Leben so schwer wie möglich machen, ohne ihr jedoch unnötig Auf-
26 merksamkeit zu schenken. Auf Provokationen und gezielte „Tabubrüche“ fallen wir nicht
27 rein, stattdessen werden wir wann immer nötig die Parolen der Rechtspopulist*innen ent-
28 zaubern und ihnen unsere Vorstellungen eines solidarischen Miteinanders entgegenstellen.
29 Weiterhin werden wir sehr wachsam bleiben, recherchieren und wo es nur geht auf die di-
30 versen Verbindungen der AfD und ihrer Jugendorganisation in extrem rechte Kreise auf-
31 merksam machen. Außerdem gilt es, zukünftige Veranstaltungen der selbsternannten „Al-
32 ternative“ sowie ihren anstehenden Europa-Wahlkampf mit friedlichem und kreativem Pro-
33 test zu behindern. Hierzu stehen wir euch gerne mit Hilfe und Materialien zur Seite und
34 selbstverständlich kann man uns als LaVo auch stets für Vorträge und Coachings anspre-
35 chen.

36 Neben der AfD wird sich unsere antifaschistische Arbeit natürlich auch gegen andere rechte
37 Hohlköpfe wie beispielsweise die „Neue Rechte“ und Neonazis richten. Auch wenn bei-
38 spielsweise die NPD geschwächt ist und es um einige Hotspots der rechten Szene ruhiger
39 geworden ist, bleibt die Gefahr, die von extrem rechten Hetzer*innen ausgeht, bestehen.

1 Neuere Gruppierungen wie z.B. die „Identitäre Bewegung“ geben Rassismus ein „hippes“
2 Gewand und müssen stärker von uns ins Visier genommen werden, weshalb wir gerade
3 auch innerhalb unseres Verbandes und der Partei noch mehr aufklären und sensibilisieren
4 müssen.

5 Fest steht für uns, dass wir Rassist*innen, Antisemit*innen und Anti-Feminist*innen egal
6 welcher Couleur keine Ruhe gönnen werden und gemeinsam mit euch vor Ort an einem
7 Niedersachsen frei von jedweder Diskriminierung kämpfen wollen!

8 Arbeit

9 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches aus ländlichen Bereichen und Ballungszentren
10 der Industrie besteht. Aus sozialdemokratischer Sicht ist besonders die Industrie- und
11 Stahlarbeit wichtig. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich in der Automobil-
12 und Stahlbranche sowie der maritimen Wirtschaft mit Schiffsbau und Offshore-Industrie.
13 Industriearbeit ist Kernelement im Bereich "Arbeit". Ganze Regionen und junge Generationen
14 leben davon. Aufgrund der Digitalisierung und der Wandlung der Arbeitsprozesse müssen
15 wir gemeinsam mit der IG-Metall-Jugend zusammenarbeiten und unsere Vorstellungen
16 von "Guter Arbeit" voranbringen und durchsetzen. Wir wollen Ansprechpartner der jungen
17 Generation in der Stahl- und Industriearbeit sein.

18 Thematisch wollen wir uns Arbeitszeitverkürzung auf einen 6-Stunden-Tag bei vollem Lohn-
19 ausgleich fokussieren. Der Wunsch nach mehr Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Ehren-
20 amt ist eines der größten Arbeitsthemen geworden. Eine verkürzte Arbeitszeit kann nicht
21 nur als Jobmotor in Niedersachsen dienen, sondern würde die Mehrbelastung aller Arbeit-
22 nehmer*innen, die aufgrund von Produktivitätssteigerungen entstanden ist, ausgleichen.
23 Zusammen mit den Gewerkschaften wollen wir ein Papier auflegen, in dem wir für Nieder-
24 sachsen den 6-Stunden-Tag bereits realisieren können und unsere Anforderungen an die
25 Wirtschaft sammeln.

26 Um diese Herausforderung zu schaffen, wollen wir, in diesem Jahr, einen "Gewerkschaftsju-
27 gendkongress" veranstalten und die Chancen und Risiken gemeinsam mit den Gewerk-
28 schaften erörtern und im Rahmen eines Strategiepapiers zur Industriepolitik 4.0 in Nieder-
29 sachsen zusammenführen.

30 Bildung

31 Wir setzen uns für ein offenes, modernes Schulsystem ein, welches jungen Menschen die
32 Möglichkeit gibt, sich zu entfalten und weltoffen aufzuwachsen. Um sowohl Lehrkräften, als
33 auch Schüler*innen Beteiligung in der Schule zu ermöglichen, setzen wir uns für die Demo-
34 krasierung von niedersächsischen Schulen ein. Wir werden uns deshalb für eine Änderung
35 des niedersächsischen Schulgesetzes einsetzen.

36 Eine große Problematik stellt sich auch in der Digitalisierung unserer Schulen dar. Viele
37 Schüler*innen klagen über eine schlechte Ausstattung ihrer Schulen, deshalb setzen wir
38 uns weiterhin dafür ein, dass in staatlichen Schulen interaktive Tafeln inklusive Internetzu-
39 gang als Grundmaterial zur Verfügung stehen. Doch die Infrastruktur allein wird dem Thema
40 nicht gerecht. Die Schüler*innen in Niedersachsen müssen ebenfalls im Umgang mit Medi-
41 en und der systematischen Nutzung von Software und Internet geschult werden. Das Er-

1 kennen von Fake News, Hatespeech oder die Grundlagen von Programmierung und Web-
2 design müssen Einzug in die Lehrpläne erhalten, damit wir auch inhaltlich im 21. Jahrhun-
3 dert an unseren Schulen ankommen. Aus diesem Grund werden wir ein Konzept erstellen,
4 welches beschreibt, wie wir uns Digitalisierung an allgemeinen und ausbildenden Schulen
5 vorstellen. Um dies zu ermöglichen, wollen wir innerhalb unseres Verbandes erarbeiten,
6 was Digitalisierung ist oder auch sein kann.

7 Die JugendNetzCard in der Region Hannover ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir set-
8 zen uns auch weiterhin flächendeckend für kostenlosen ÖPNV ein.

9 Die Integrierte Gesamtschule gilt für uns als favorisierte Schulform. Hierbei stehen wir auch
10 für eine offene inhaltliche Differenzierung in Grund- und Erweiterungskursen mit fairen Auf-
11 stiegsmöglichkeiten. Deshalb bieten wir den Jusos in Kreis- und Unterbezirken in der kom-
12 munalpolitischen Debatte unsere Unterstützung an.

13 Langfristig setzen wir uns für die Einführung von Ethikunterricht ein, der den Religionsunter-
14 richt ablösen soll und sich dabei mit Inhalten aller Religionen auseinandersetzen soll.

15 Derzeit besteht in Niedersachsens Schulen ein massiver Lehrkräftemangel, das muss sich
16 ändern. Deshalb setzen wir uns auch zukünftig dafür ein, dass die SPD Wege findet, um die
17 Unterrichtsversorgung an BBSen und an allgemeinbildenden Schulen massiv zu verbessern.
18 Die Lehrer*innenausbildung ist im Hinblick auf den Vorbereitungsdienst dahingehend zu
19 reformieren, dass Prüfungstage entzerrt und Belastungen reduziert werden, jedoch muss
20 hierbei berücksichtigt werden, dass die Prüfungstage sich nicht mit der Praktikumsphase
21 überschneiden. Lehrkräfte sollen in ihrem Studium mehr Praxisinhalte vermittelt bekom-
22 men. Hierzu wollen wir Anträge entwickeln und uns auch in Zukunft intensiver mit dieser
23 Thematik auseinandersetzen.

24 Wir erleben aktuell einen starken Anstieg an diagnostizierten Unterstützungsbedarfen in
25 inklusiven Schulen. Die oft fachfremden Schulassistent*innen haben im Gegensatz zu Lehr-
26 kräften derzeit jedoch nur stark begrenzte Möglichkeiten, um sich nach dem Berufseinstieg
27 kostenfrei fortzubilden. Wir fordern deshalb, dass Schulassistent*innen die Möglichkeit er-
28 halten, an kostenfreien Fortbildungen teilzunehmen, dafür muss die Landesregierung ent-
29 sprechende Weichen stellen. Wir stellen deshalb den Anspruch, dass Schulgelder für eine
30 schulische Ausbildung wie im Bereich von Erzieher*innen, Physio- und Ergothera-
31 peut*innen sowie der Pflege abzuschaffen sind, dafür machen wir uns landesweit stark. Wir
32 setzen uns dafür ein, dass Schüler*innen zusätzlich neben der allgemeinen Sexualerzie-
33 hung auch über weitere queere* Lebensformen aufgeklärt werden. Die Vielfältigkeit der
34 queeren Lebensformen soll als gleichberechtigte Alternative vermittelt werden, um queere
35 Jugendliche in ihren in ihrer Identitätsfindung zu unterstützen. Denn für uns ist klar, dass es
36 an niedersächsischen Schulen keinen Platz für Homophobie geben darf.

37 Digitalisierung

38 Unsere Generation steht vor noch nie zuvor gekannten Herausforderungen. In einer sich
39 verändernden Welt wollen wir Jusos in Niedersachsen Zukunft gestalten. Daher wollen wir
40 die Art und Weise der Digitalisierung mitbestimmen und nach unseren Vorstellungen for-

1 men. Die Digitalisierung durchdringt fast alle Bereiche des Lebens. Darunter das Wirt-
2 schafts-, Gesellschafts-, Arbeits- und Privatleben. Es bedarf einer grundlegenden Idee, wie
3 wir all diese miteinander verbundenen Bereiche und deren zukünftigen Wandel gestalten.
4 Wir glauben, dass die dem demokratischen Sozialismus zugrunde liegenden Werte Freiheit,
5 Gerechtigkeit und Solidarität diese Grundlage sind, nach der wir die Digitalisierung gestalten
6 wollen.

7 Aus diesen Werten wollen wir gemeinsam mit den Jusos in Niedersachsen ein Konzept er-
8 stellen, welches beschreibt, wie wir uns die sozialistische Digitalisierung vorstellen. In dem
9 Konzept sollen Risiken und Chancen für Menschen benannt werden. Um dies zu ermögli-
10 chen, wollen wir innerhalb der Jusos-Niedersachsen Wissen vermitteln, was Digitalisierung
11 ist oder auch sein kann. Im Anschluss wollen wir diskutieren und aus diesen Ergebnissen
12 Anträge formulieren, die Teile unseres Konzeptes, "Die sozialistische Digitalisierung" sein
13 werden. Am Ende dieses Prozesses soll den Jusos in Niedersachsen klar sein, wie wir uns
14 die Digitalisierung vorstellen.

15 Als Grundlegend sehen wir Jusos an, dass personenbezogene Daten im persönlichen sowie
16 im Arbeitsumfeld einen hervorgehobenen Schutzstatus verdienen. Zusätzlich sehen wir das
17 Internet und den Zugang zu diesem als unabdingbare Voraussetzung, um am digitalen Le-
18 ben teilhaben zu können. Daher befürworten wir die Förderung eines umfassenden Glasfa-
19 sernetzes (FTTH), welches dem aktuellen Stand der Technik entspricht. Darüber hinaus ver-
20 stehen wir die Netzneutralität als obligatorischen Bestandteil des Internets, welcher den
21 gleichberechtigten Zugang zum Internet ermöglicht. Diese inhaltlichen Eckpunkte sollen die
22 Basis unseres Konzeptes "Die sozialistische Digitalisierung" darstellen.

23 Feminismus

24 Feminismus ist einer der Grundpfeiler unseres Verbandes. Deutschlandweit organisieren
25 zur Zeit rechte Gruppierungen und sogenannte "Lebensschützer" Frauenmärsche und ver-
26 suchen so feministische Themen für sich zu vereinnahmen und den gesellschaftlichen Roll-
27 back voranzutreiben. Ihr Interesse ist nicht die Gleichstellung von Frauen* und Männern,
28 sondern die Stärkung ihres Rollen- und Familienbildes in deren Zentrum die Frau als Mutter
29 steht.

30 Die MeToo-Debatte aber auch der aktuelle Kampf um die Streichung des §219a, der jegliche
31 Werbung und damit Information über Schwangerschaftsabbrüchen verbietet, zeigen klar,
32 dass Feminismus nach wie vor ein brennendes Thema in unserer Gesellschaft ist und der
33 Kampf um Gleichberechtigung und Selbstbestimmung noch lange nicht vorbei ist. Wir wol-
34 len uns Feminismus wieder größer auf die Agenda schreiben und bei unserer Bildungsar-
35 beit, insbesondere der Grundlagenarbeit, wieder einen stärkeren Fokus darauf legen. Es
36 muss sowohl unser Ziel sein, Feminismus innerhalb unseres Verbandes zu, als auch nach
37 außen und in die SPD zu tragen.

38 Um Frauen* zu empowern, wollen wir ein landesweites Frauen*-Vernetzungswochenende
39 ins Leben rufen. Dieses soll sowohl der inhaltlichen Auseinandersetzung als auch der per-
40 sönlichen Vernetzung und dem Austausch über sensible Themen in einem geschützten
41 Raum untereinander dienen.

42 Wir müssen den Anspruch an uns selbst haben, den Anteil an Frauen* bei den Jusos und in
43 der SPD mittel- und langfristig zu erhöhen. Ein wichtiger Punkt ist eine höhere Diversität der

1 sexuellen Identitäten bei Redebeiträgen. Die hohe Anzahl an Redebeiträgen von Cis-
2 Männern, die sowohl aus patriarchalischen Strukturen als auch einem grundsätzlich hohen
3 Anteil an Cis-Männern im Verband resultiert, kann entmutigend auf Frauen* wirken, wenn
4 sie sich an Diskussionen beteiligen wollen. Daher bekennen wir uns klar zu quotierten Rede-
5 listen.

6 Wir wollen eine gezielte Umfrage an die weiblichen* Mitglieder des Verbandes richten, um
7 zu erfahren was für Themen sie sich von uns explizit wünschen. Darüber hinaus wollen wir
8 unsere Veranstaltungen und Strukturen so gestalten, dass sie für Frauen* attraktiver wer-
9 den. Dafür kann mit anderen Gliederungen und Organisationen ein Austausch stattfinden
10 und Benchmarking betrieben werden.

11 Wir bekennen uns klar zur Quote als legitimes Mittel zur Frauen*förderung. Die Quote allein
12 reicht aber nicht. Junge Frauen* müssen gezielt angesprochen, unterstützt und gefördert
13 werden. Menschen, die bereits Ämter besetzen, müssen junge Menschen an mögliche zu-
14 künftige Aufgaben heranführen, als Ansprechpartner*in für alle möglichen Fragen dienen
15 und ihnen somit die Angst vor mehr Verantwortung nehmen.

16 Das Bundesverfassungsgericht hat im letzten Jahr geurteilt, dass der Gesetzgeber eine drit-
17 te Geschlechtskategorie schaffen muss. Um alle sexuellen Identitäten zu integrieren,
18 gendern wir als Verband konstant mit Sternchen und setzen uns weiterhin dafür ein, alle
19 noch bestehenden Hemmnisse und Hinderungen für trans* und queer* Personen abzu-
20 bauen. Außerdem wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass endlich auch das so ge-
21 nannte Transexuellengesetz überarbeitet wird.

22 Wenn wir als Jugendorganisation, in der zum Großteil Cis-Männer aktiv sind, attraktiver für
23 Frauen*, Inter*- und Trans*personen (FIT*) werden wollen, müssen wir aufpassen, nicht
24 über, sondern mit FIT*personen zu reden. Daher wollen wir auch hier die Bündnisarbeit
25 weiter stärken. Gemeinsam wollen wir, beispielsweise an speziellen Thementagen, einen
26 umfassenden Antrag erarbeiten, wie wir FIT*personen stärker fördern und integrieren kön-
27 nen. Wir stellen an uns selbst den Anspruch, die Diversität der sexuellen Identitäten lang-
28 fristig im Verband zu erhöhen. Diese inhaltlichen Eckpunkte sowie unsere sozialistischen
29 Grundwerte sollen die Basis des Konzeptes "Die sozialistische Digitalisierung" sein.

30 Gesundheit und Pflege

31 Das Gesundheitssystem wurde vollkommen ökonomisiert. Das stößt an ethische Grenzen
32 und an Grenzen der Zumutung. Die totale Verpreislichung hat eine Verdrängungs- und Pri-
33 vatisierungswelle ausgelöst. Diese gilt es zu stoppen. Insbesondere Krankenhäuser müssen
34 öffentliche Daseinsvorsorge sein und bleiben! Die Grundversorgung muss wohnortnah er-
35 folgen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das DRG-System einer Prüfung unterzogen
36 wird und die Qualität und die Patient*innenorientierung im Krankenhaus wiederhergestellt
37 wird. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie Ärzt*innen bedarfsge-
38 recht in Anzahl und Qualität studieren können.

39 Abgesehen davon wollen wir uns mit verschiedenen Formen der Gesundheitsprävention
40 auseinandersetzen und Wege finden, wie wir diese stärker fördern können.

41 Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass § 219a StGB abgeschafft wird. Das Recht
42 von Ärzt*innen zur Beratung über Abtreibungen muss garantiert werden und Ärzt*innen,
43 die dazu bereit sind, müssen vor Verfolgung geschützt werden.

1 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Pflegeausbildungen bedarfsgerecht gefördert werden.
2 Ab 2020 sollen pflegerische Ausbildungen gemeinsam stattfinden. Noch fehlt es allerdings
3 an konkreten Umsetzungsstrategien und einer geregelten Finanzierung.

4 In dem neuen Pflegestärkungsgesetz PSG II wurden bereits viele Verbesserungen verschrift-
5 licht, die allerdings teilweise trotz neuer Gesetzeslage noch nicht umgesetzt werden. Wir
6 wollen uns kritisch mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz PSG II auseinandersetzen und
7 dafür kämpfen, dass versprochene Besserungen tatsächlich umgesetzt werden.

8 Auch die ambulante Pflege und die Gesundheitsversorgung im Pflegeheim wollen wir nicht
9 aus den Augen verlieren. Wir sehen die ambulante Pflege als wichtigen Baustein der Da-
10 seinsvorsorge, die vielen pflegebedürftigen Menschen dennoch ein selbstständiges Leben
11 ermöglicht. Die miserablen Zustände und Finanzierungslücken bei der Gesundheitsversor-
12 gung im Pflegeheim wollen wir aufdecken und dagegen ankämpfen.

13 Dies sind nur einige Ausschnitte der Mängel im Bereich der Gesundheit und der Pflege.
14 Aufgrund der Dringlichkeit und Relevanz der Thematik für alle Menschen wird das Thema
15 auch in unserer Bildungsarbeit stärker berücksichtigt werden. Wir wollen dazu gemeinsam
16 mit Interessierten eine umfassende Beschlusslage erarbeiten. Dazu möchten wir mit den
17 Gewerkschaften zusammenarbeiten, denn es geht nicht nur um die Qualität für mögliche
18 Patient*innen, sondern auch um die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte
19 und behandelnden Ärzt*innen.

20 Inklusion

21 Seit Jahren wird die Inklusion als großes Thema unserer Zeit gehandelt. Was wir aber damit
22 genau meinen, ist vielen nicht klar. Im kommenden Jahr geht es uns deshalb darum, folgen-
23 de Fragen beantworten:

24 Warum wollen wir Inklusion?

25 Um wen geht es überhaupt?

26 Und was muss gemacht werden?

27 Das Thema Inklusion wollen wir zusammen mit interessierten Jusos bearbeiten. Insbeson-
28 dere die Bereiche Bildung, Arbeit, Wohnen und die Teilhabe an der Gesellschaft sind von
29 besonderem Interesse.

30 Dazu wollen wir uns beispielsweise mit Interessenverbänden wie dem SOvD oder mit Be-
31 troffenen zusammensetzen und sie zu ihren Wünschen und Bedürfnissen befragen. Die
32 erarbeiteten sowie in den Gesprächen gewonnenen Erkenntnisse wollen wir in einem um-
33 fassenden Antrag zur nächsten Landeskonferenz vorstellen.

34 Umwelt

35 Im kommenden Jahr werden umweltpolitische Themen eine höhere Priorität auf unseren
36 Veranstaltungen bekommen. Unsere Generation, welche den Klimawandel und dessen Fol-
37 gen allgegenwärtig miterleben wird, ist in der Pflicht, sich aktiv für den Umweltschutz einzu-
38 setzen. Für uns ist jeder Prozent, der an CO₂ und Schadstoffemissionen eingespart werden
39 kann, ein großer Gewinn. Das Land Niedersachsen fungierte in den vergangenen Jahren als
40 internationales Vorbild in der Wirtschaftsbranche der erneuerbaren Energien. Wir werden

1 uns innerhalb der SPD dafür einsetzen, dass Niedersachsen auch in der GroKo nicht dahin-
2 ter zurück fällt. Dazu zählt für uns auch eine konsequente Ablehnung des Fracking Verfah-
3 rens.

4 Außerdem möchten wir uns verstärkt mit dem Tierschutz beschäftigen. Wir werben für regi-
5 onale und ethisch vertretbare Tierhaltung und kritisieren die weite Verbreitung von Tierver-
6 suchen, insbesondere in Bereichen, in denen diese nicht mehr zur Garantie des Verbrau-
7 cher*innenschutzes notwendig sind. Ergänzend dazu möchten wir auch das Umweltbe-
8 wusstsein in unserem eigenen Verband weiter schulen. Wir verstehen darunter, unser aller
9 Konsumverhalten aus einer anderen Perspektive zu betrachten und uns für Umweltthemen
10 stärker zu sensibilisieren. Dazu werden wir die das Gespräch mit Umweltorganisationen
11 suchen.

12 Verbraucher*innenschutz

13 Wichtig ist uns, dass die Verbraucher*innenrechte weiter gestärkt werden. Wir setzen uns
14 dafür ein, dass weniger Pestizide in der Landwirtschaft eingesetzt werden und unser
15 Grundwasser nicht fortwährend mit Resten von Pflanzenschutzmitteln belastet wird, denn
16 Pflanzenschutzmittel finden den Weg durch die Böden in unser Grundwasser.

17 Auch der Schutz von Betäubungsmittelkonsument*innen ist für uns Teil des Verbrau-
18 cher*innenschutzes. Auch wenn der politische Wille zu einer Legalisierung und Regulierung
19 fehlt, ist die Existenz des Konsums nicht abzustreiten. Daher setzen wir uns weiter für die
20 Legalisierung von Cannabis ein und kämpfen gegen Konsumrisiken, die mit der Illegalisie-
21 rung einhergehen.

22 Notwendig bleibt es außerdem für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft zu kämpfen. Es ist
23 uns wichtig, dass die Tiere eine naturnahe Tierhaltung erleben dürfen. Die bewusste Miss-
24 achtung von Tierschutzregularien aufgrund reiner Gewinnmaximierung in einigen nieder-
25 sächsischen Betrieben verurteilen wir. Daher werden wir uns für verpflichtende Transpa-
26 renz und Kontrollen der Betriebe einsetzen, um das Tierleiden aktiv zu bekämpfen.

27 Awarenessarbeit

28 Awareness, also das Bewusstsein, dass wir in einer patriarchalen, sexistischen und hetero-
29 normativen Gesellschaft leben, ist Teil unseres feministischen Selbstverständnisses. Um
30 unsere bisherige Awarenessarbeit zu verstetigen und zu verbessern, wollen wir auf Landes-
31 ebene ein dauerhaftes Awarenesssteam einrichten. Also eine Struktur die dauerhaft an-
32 sprechbar ist, wenn jemand in unserem Verband Sexismus erfährt oder anderer Diskrimi-
33 nierung ausgesetzt ist. Ähnliche Strukturen haben sich bereits in einzelnen Bezirken und
34 Unterbezirken etabliert. Wir möchten versuchen, einen Austausch über die bereits gesam-
35 melte Expertise in diesem Bereich anzuregen. Im Rahmen unserer feministischen Arbeit
36 möchten wir außerdem Grundlagen der Awarenessarbeit für den gesamten Verband zu-
37 gänglich machen. Bei großen Veranstaltungen, wie z.B. der Landeskonferenz, die eines grö-
38 ßeren Awarenessteams bedürfen, können erfahrene und geschulte Mitglieder der verschie-
39 denen Ebenen rotieren und gegenseitig aushelfen.

1 Juso Landesausschuss

2 Der Landesausschuss der Jusos Niedersachsen ist das höchste beschlussfassende Organ
3 des Landesverbandes zwischen den Landeskonferenzen und das demokratische Kontroll-
4 gremium, welches die Arbeit des Landesvorstands kontrolliert und kritisch begleitet. Um
5 dies zu gewährleisten, wird der Landesvorstand und die Landesgeschäftsführung das Lan-
6 desausschusspräsidium bei der Terminfindung und Einladung von Landesausschusssitzun-
7 gen unterstützen.

8 Wie wollen wir Öffentlichkeitsarbeit betreiben?

9 Ein zentraler Punkt unserer Arbeit wird die Öffentlichkeitsarbeit sein. Unsere Arbeit ist kein
10 Selbstzweck, sondern wir müssen unsere Positionen nach außen tragen und uns als pro-
11 gressiver Richtungsverband in der niedersächsischen Landespolitik profilieren.

12 Der bisherige Landesvorstand hat damit begonnen seine Öffentlichkeitsarbeit strategischer
13 zu betreiben und Anlässe zu schaffen, über die wir mit unserer Kernzielgruppe kommuni-
14 zieren können. Dies werden wir fortführen. Darüber hinaus werden wir öffentlichkeitwirk-
15 same Aktionen entwickeln, die in den Unterbezirken/Kreisverbänden einfach und unkompli-
16 ziert umgesetzt werden können.

17 Als politische Jugendorganisation sind für uns die Sozialen Medien, allen voran Facebook
18 und Instagram, DAS Tool, um unsere Zielgruppe über unsere Positionen zu informieren und
19 mit dieser in Dialog zu treten. Dies werden wir konsequent nutzen und regelmäßig frische,
20 relevante Inhalte (z.B. Videos, Kacheln und Themenseiten auf unserer Website) produzieren
21 und posten. Wir arbeiten kontinuierlich daran eine möglichst große Reichweite für unsere
22 Inhalte zu generieren und werden dafür uns alle zur Verfügung stehenden Mittel (z.B. auch
23 das gezielte Bewerben von Posts) nutzen. Wir werden unsere Arbeit regelmäßig evaluieren
24 und unsere gewonnene Expertise in diesen Bereichen den Unterbezirken und Kreisverbän-
25 den zur Verfügung stellen.

26 Trotz Digitalisierung ist die Pressearbeit auch heute noch eine wichtige Komponente für
27 uns, um als landespolitische Akteur*innen wahrgenommen zu werden. Deshalb werden wir
28 auch weiterhin regelmäßig Pressemitteilungen herausgeben und Kontakte zu Journa-
29 list*innen aufbauen und pflegen.

30 Neben der Kommunikation nach außen möchten wir auch die Kommunikation mit den Un-
31 terbezirken/Kreisverbänden und unseren Mitgliedern professionalisieren. Ein wichtiger
32 Baustein dafür ist der Newsletter, welcher auch in diesem Jahr in regelmäßigen Abständen
33 erscheinen wird. Damit erreichen wir alle per E-Mail erreichbaren Mitglieder und können
34 ihnen so einen Einblick in die Arbeit des Landesvorstands geben. Dies möchten wir nutzen
35 und den Newsletter zu einem Verbandsmagazin umbauen. Darüber hinaus werden wir den
36 neu eingeführten "Infomail Verteiler" weiter aufbauen, um. Weiterhin suchen wir nach neu-
37 en Partizipations und Kommunikationswegen, um mit den Unterbezirken/Kreisverbänden in
38 stetigem Kontakt zu bleiben und Feedback und Anregungen einzuholen. Dies kann bei-
39 spielsweise über WhatsApp Gruppen/Broadcast und Online Umfragen passieren.

1 Woran wollen wir sonst noch arbeiten?

2 Natürlich spielt für junge Menschen, für deren Belange wir uns ganz besonders einsetzen
3 wollen, Schule, Ausbildung und Studium eine große Rolle. Um diesem wichtigen Thema ge-
4 recht zu werden, wollen wir weiterhin unsere gute Zusammenarbeit mit der Juso Hoch-
5 schulgruppe Niedersachsen aufrecht erhalten. Im Zuge dessen hat die HSG einen kooptier-
6 ten Platz im Juso Landesvorstand um dem Landesvorstand beratend zur Seite zu stehen
7 und um Unterstützung vom Landesvorstand erhalten zu können.

8 Eine weitere elementare Juso-Gruppe ist die Schüler*innen- und Auszubildenden-Gruppe.
9 Diese hat sich kurz vor dieser Landeskonzferenz zum ersten mal zu einem Koordinierungs-
10 treffen getroffen und möchte sich bald neu gründen. Sie wird durch den Landesvorstand
11 unterstützt werden und kann auch einen kooptierten Platz im Landesvorstand erhalten.

ANTRAGSBEREICH: **A- Arbeit**

1 **Aor: Kill the Boss – Unsere Vorstellungen zu Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat**

Wir Jusos definieren uns als sozialistischen Richtungsverband. Die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital stellen für uns einen Widerspruch innerhalb des Kapitalismus dar.“ Dieser muss aufgearbeitet und überwunden werden. Dabei spielen die politischen Themenfelder Arbeit, Wirtschaft und Soziales eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet SozialistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Im Folgenden werden daher zunächst unsere arbeits- und wirtschaftstheoretischen Inhalte skizziert, bevor wir praxisbezogene Handlungsfelder darstellen.

1. Denn sie wissen nicht, was sie tun... Kapitalistische Strukturen überwinden

Oberstes Ziel für uns Jusos ist es das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden. Basis unserer Kritik am Kapitalismus ist die marxistische Analyse. Der demokratische Sozialismus stellt für uns eine Alternative zur derzeitigen Produktionsweise dar.

Wir werden uns beim Kampf um den Sozialismus allerdings nicht treiben lassen: Bürgerliche Fragestellungen, wie ein demokratischer Sozialismus denn konkret aussehen soll, können nicht abschließend beantwortet werden. Es ist nicht entscheidend und schon gar nicht zielführend, diese Fragen als politische Minderheit heute beantworten zu wollen. Unser Ziel ist es vielmehr um eine gesellschaftliche Mehrheit zu kämpfen, die die heutigen Strukturen nicht mehr akzeptiert. Ist dieser Schritt erfüllt – und nur dann – können Antworten auf die künftige Produktionsweise und den Wirtschaftsstrukturen erfolgen.

Sozialismus ist demnach auch kein „Endzustand“ sondern eine immerwährende Aufgabe. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auf die Grundwerte der SPD, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu verweisen. Nur wenn diese Grundwerte für die zukünftige Gestaltung einer neuen Gesellschaft international zusammen mit politischer und wirtschaftlicher Demokratie für alle Menschen in allen Politikfeldern erfüllt sind, kann sich eine sozialistisch geprägte Gesellschaft entfalten.

2. Metropolis Arbeit ist mehr als Broterwerb

Arbeit besitzt im Kapitalismus mehrere Funktionen: Zum einen tritt sie in Form von Erwerbsarbeit auf, die vor allem das Primäreinkommen von Menschen und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Erwerbsarbeit kann dabei auch eine weitere Funktion von Selbsterfüllung und Identifikation beinhalten. Diese Funktion ist aber

1 kein Automatismus. Denn wie Marx im Kapital vom „Doppelt freien Arbeiter“ zynisch
2 festgestellt hat, ist einE ArbeiterIn zwar von feudalen Verhältnissen befreit, aber auch
3 frei von sämtlichen Produktionsmitteln. In diesem Zusammenhang ist einE Arbeitneh-
4 merIn gezwungen, seine bzw. ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um überleben zu
5 können – zur Not ist man also dazu gezwungen Tätigkeiten auszuüben, die man nicht
6 ausführen möchte.

7 Darüber hinaus beinhaltet Erwerbsarbeit im Kapitalismus auch die Funktion der Kapital-
8 akkumulation: EinE ArbeitnehmerIn wird stets ausgebeutet, bekommt also nur einen
9 Bruchteil seiner bzw. ihrer erbrachten Leistung als Lohn oder Gehalt. Der restliche nicht
10 vergütete Teil, der von Marx als „Mehrwert“ beschrieben wird, bleibt hingegen beim Ar-
11 beitgeber.

12 Für uns Jusos geht es also darum innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems diesen
13 beschriebenen „Mehrwert“ zu verringern, aber auch die Arbeit nicht allein auf die Form
14 der Erwerbsarbeit zu reduzieren. So gibt es weitere Formen jenseits der Erwerbsarbeit,
15 die wir vor allem auch aus feministischer Perspektive auf alle Gesellschaftsmitglieder
16 gleichermaßen verteilen wollen, da der Anteil der gesamtgesellschaftlichen sozialversi-
17 cherungspflichtigen Erwerbsarbeitszeit von Frauen zum einen niedriger ausfällt als der
18 von Männern. Andererseits wird die mit der Familien- und Sorgearbeit zumindest eine
19 von den drei weiteren Arbeitsformen überdurchschnittlich stark von Frauen ausgeübt –
20 oft ohne entsprechende Anerkennung.

21 Schließlich tragen die Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit für viele Menschen
22 mehr zur Identifikation und Selbsterfüllung bei als es die reine Erwerbsarbeit schafft. Die
23 anderen Formen bilden die bereits genannte Sorgearbeit sowie Arbeit im Sinne von Bil-
24 dung sowie ehrenamtliches Engagement. Es kommt für uns darauf an, auf die höhere
25 gesellschaftliche Anerkennung und langfristig der Umwandlung in entlohnte Er-
26 werbsarbeit

27 3. Mockingjay 28 Unser Verhältnis zum Staat

29 Der Kapitalismus produziert innerhalb von Volkswirtschaften ökonomische Ungleichhei-
30 ten unter allen Individuen einer Gesellschaft, welches für benachteiligte Personen gro-
31 ße Herausforderungen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verursacht. Deshalb
32 benötigen wir aus jungsozialistischer Perspektive im derzeitigen Wirtschaftssystem ei-
33 nen vorsorgenden Sozialstaat, der eine Umverteilung von Reichtum von oben nach un-
34 ten betreibt und somit das Ziel verfolgt bestehende ökonomische Verhältnisse auszu-
35 gleichen. Wir Jusos sehen aber als internationalistische Organisation auch Probleme in
36 der Verteilung vom weltweiten Reichtum. Deshalb setzen wir es uns zum Ziel, die Unter-
37 schiede zwischen Industriestaaten und wirtschaftlich schwächeren Ländern. Die beste-
38 henden Organisationen, namentlich mit Weltbank und WTO, reichen in ihrer heutigen
39 Struktur nicht aus. Wir sehen eine Chance darin, die Europäische Union als Musterbei-
40 spiel dahingehend weiterzuentwickeln.

1 Dennoch müssen wir festhalten, dass sich ein Staat stets aus ökonomisch Verhältnissen
2 ableitet – also nicht autonom agieren kann. Es stellt sich folglich die Frage, ob ein Staat
3 tatsächlich auch dafür genutzt werden kann, um die kapitalistischen Produktionsver-
4 hältnisse zu überwinden. Letzteres ist aus unserer Sicht vor allem aus historischen
5 Gründen zu verneinen. Wir müssen vielmehr auf die bereits beschriebene gesellschaftli-
6 che Bewusstseinswerdung in der Zivilbevölkerung hinwirken. Hier kommt es allerdings
7 zu einer Einschränkung, nämlich dass vielen Menschen über den Sozialstaat mehr Res-
8ourcen wie Zeit, Geld, Bildungsmöglichkeiten und Selbstbewusstsein zur Verfügung ge-
9 stellt werden können. Das bedeutet natürlich für uns, dass wir innerhalb unserer Mut-
10terpartei für Mehrheiten in sozialen Fragen kämpfen und uns nach Durchsetzung dieser
11 Inhalte für eine starke SPD in Parlamenten auf allen Ebenen einsetzen.

12 Wir Jusos sehen den Staat daher als Mittel zur politischen Gestaltung, der die persönli-
13 che Situation vieler Menschen verbessert. Oder anders: Ein Staat soll ökonomische Un-
14 gleichheiten eindämmen anstatt dem freien Markt die Produktion und Reproduktion
15 von Elend zu gewähren. Gleichzeitig werden so die Voraussetzungen geschaffen, dass
16 sich jeder Mensch vom derzeitigen gesellschaftlichen Zustand emanzipieren kann.

17 4. The Hunger Games 18 Re-Regulierung des Arbeitsmarkts

19 Die Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit scheinen seit Jahren durchweg eine positi-
20 ve Arbeitsmarktentwicklung zu kennzeichnen. Das Wort „Vollbeschäftigung“ macht bei
21 vielen politischen Akteuren die Runde. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Durch die Fle-
22xibilisierung des Arbeitsmarktes durch die rot-grüne Reformpolitik zu Beginn des neuen
23 Jahrtausends haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland massiv zuge-
24 nommen. Unter prekären Beschäftigungsverhältnissen versteht man jede Form der Er-
25 werbsarbeit, die schlecht oder gar nicht bezahlt oder für den/die ArbeitnehmerIn un-
26 freiwillig befristet und/oder in Teilzeit ausgeübt wird. Konkrete Formen dieser prekären
27 Arbeitsverhältnisse stellen demnach Leih- bzw. Zeitarbeit, Beschäftigungsverhältnisse im
28 Niedriglohnsektor, Mini- und Midi-Jobs, sonstige befristete Jobs und Scheinselbständige
29 über Werkverträge dar. Mit anderen Worten alle Beschäftigungsverhältnisse, die vom
30 „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen, also einer sozialversicherungspflichtigen 35- bis
31 40-Stundenwoche, die vertraglich unbefristet und deutlich über dem gesetzlichen Min-
32 destlohn vergütet ist. Zu diesen „Normalarbeitsverhältnissen“ gehörten bis zu den vor-
33 genannten deregulierenden Reformen in Deutschland knapp 90% aller ausgeführten
34 Erwerbsarbeitsverhältnisse. Doch durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts besitzen
35 mittlerweile nur noch knapp 70% aller ArbeitnehmerInnen einen solchen Arbeitsplatz.

36
37 Die Zunahme dieser auch als atypischer Beschäftigung bezeichneten prekären, also un-
38 sicheren Situationen für ArbeitnehmerInnen haben zwei zentral negative Auswirkungen
39 auf die betroffenen Personen: Zum einen fühlen sie sich innerhalb ihrer Belegschaft als
40 ArbeitnehmerIn zweiter Klasse. Ein anderer, noch relativ junger Forschungsaspekt der
41 Hans-Böckler-Stiftung geht allerdings noch viel weiter: Denn die Studie hat ermittelt,
42 dass sich atypische Beschäftigungsverhältnisse sehr negativ auf das Privatleben auswir-
43 ken – und zwar viel tiefergehend als bislang gedacht. So gibt es eine sehr hohe statis-
44 tische Abweichung für Trennungen bei Paaren in unverheirateten Beziehungen, in de-

1 nen mindestens eine Person in einem atypischen Arbeitsverhältnis beschäftigt wird. In-
2 sofern stellt die Studie fest, dass ein sicherer Arbeitsplatz nicht nur die materielle Si-
3 cherheit schafft, die man zur allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe benötigt, sondern
4 vielmehr auch einen Rückhalt für eine zufriedene Beziehung bietet. Letztlich fühlen wir
5 Jusos uns in unserer Meinung bestätigt, die wir seit Jahren gegenüber Vorschlägen zur
6 Gegensteuerung des demografischen Wandels vertreten: Wir benötigen keine Erhöhung
7 des Kinder- oder Elterngeldes, um Familien zu stärken. Vielmehr zeichnet sich eine pro-
8 gressive Familienpolitik durch eine deutliche Anhebung von sicheren und gut bezahlten
9 Beschäftigungsverhältnissen aus. Dafür sind staatliche Korrekturen in der Gesetzgebung
10 zu Hartz I & II erforderlich.

5. **Catching Fire** **Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen**

11 Demokratie darf nicht am Werktor enden. Wir setzen uns als Jusos daher für den Aus-
12 bau betrieblicher und der unternehmerischer Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehme-
13 rInnen aus.

14 Betriebs- und Personalräte haben zwar als Vertretung aller ArbeitnehmerInnen ohne lei-
15 tende Tätigkeiten in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs,
16 oder Arbeitszeiten relativ starke Mitbestimmungsrechte, jedoch sind die Mitbestimmung
17 in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stark eingeschränkt. Deshalb for-
18 dern wir Reformen innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes, welche den Räten unter
19 anderem bei Kündigungen gegenüber ArbeitnehmerInnen sowie bei Verlagerungen o-
20 der gar Schließungen von Produktionsstandorten stärkere Zustimmungsverweigerungs-
21 rechte zusichern. Darüber hinaus fordern wir in diesem Zusammenhang ein festes
22 Stimmrecht für VertreterInnen der Jugend- und Ausbildungsvertretungen (JAV) innerhalb
23 der Betriebs- bzw. Personalräte, auch wenn es Angelegenheiten betrifft, die ihre Berufs-
24 gruppe nicht tangieren. Denn junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sind keine
25 MitarbeiterInnen zweiter Klasse.

26 Außerdem wollen wir eine vollparitätische Besetzung der volkswirtschaftlichen Produkti-
27 onsfaktoren Arbeit und Kapital in den Kontrollgremien der Vorstände gewährleisten.
28 Deshalb fordern wir innerhalb der unternehmerischen Mitbestimmung die Ersetzung
29 des Drittelbeteiligungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes durch das Montan-
30 mitbestimmungsgesetz, welches für alle Kapitalgesellschaften unabhängig von Branche
31 und Größe ausgeweitet werden soll. Nur somit ist es möglich, dass sich innerhalb von
32 Aufsichtsräten Vertretungen von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern auf Augenhöhe
33 begegnen können. Bei der Besetzung ist ebenfalls darauf zu achten, dass mindestens
34 50% aller Aufsichtsratsmandate durch Frauen besetzt werden.

35 6. **I, Robot** 36 **Arbeit & Industrie 4.0 nutzen**

37 Die Realwirtschaft befindet sich derzeit in einem Prozess der sogenannten vierten in-
38 dustriellen Revolution. Durch die fortschreitende Zunahme der Digitalisierung in der Er-
39 werbsarbeitswelt stehen wir aktuell vor vielen Herausforderungen, auf die wir als sozia-

1 listischer Richtungsverband bereits jetzt Antworten finden müssen. Grundsätzlich sehen
2 wir in diesem Strukturwandel jedoch mehr Chancen auf die allgemeine Verbesserung
3 der Arbeitssituation in der gesamten Berufswelt. Dennoch muss dieser Prozess von uns
4 begleitet und positiv beeinflusst werden. Wie in fast allen Lebensbereichen steht der
5 Zugang zu Bildung – in dem Zusammenhang zu Aus- und Weiterbildung – an erster Stel-
6 le, um die Teilhabe möglichst aller Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Denn
7 eine Tatsache steht jetzt schon fest: Durch die steigenden Anforderungen auf dem Ar-
8 beitsmarkt besteht die Gefahr, dass Menschen abgehängt werden. Deshalb lehnen wir
9 eine Verkürzung der Ausbildungsdauer sowie eine Modularisierung in der dualen Aus-
10 bildung ab. Zeitgleich setzen wir uns für eine gesetzlich verbindliche Regelung ein, dass
11 jedem und jeder Angestellten vom Arbeitgeber eine Weiterbildungsmöglichkeit für einen
12 gesetzlich festgelegten Zeitraum pro Jahr angeboten werden muss.

13 Darüber hinaus müssen wir bereits aktuell sichtbaren Tendenzen entgegentreten, die
14 die Gesundheit von vielen ArbeitnehmerInnen negativ beeinflussen. Grenzen zwischen
15 Arbeit und Freizeit verschwimmen beispielsweise durch Homeoffice-Optionen zuneh-
16 mend. Unter anderem haben sich dadurch und durch die gestiegenen Anforderungen
17 im Beruf in den letzten zehn Jahren die psychischen Erkrankungen verdoppelt. Insofern
18 bedarf es auch gesonderte Regelungen zum Gesundheitsschutz für ArbeitnehmerInnen
19 unter Beteiligung der Gewerkschaften. Durch die allgemein ansteigende Produktivität
20 sehen wir im Modell der Erwerbsarbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich ei-
21 nes zentrales Mittel, die Erkrankungen zurückzufahren. In diesem Zusammenhang se-
22 hen wir viel Potential zur Umverteilung von Erwerbsarbeitszeit in der Gesellschaft: Denn
23 viele Menschen, die zurzeit in Vollzeit beschäftigt sind, möchten ihre Erwerbsarbeitszeit
24 gerne reduzieren; viele Teilzeitbeschäftigte wiederum möchten gerne mehr arbeiten.
25 Wir benötigen also auch hier gute Instrumente zur staatlichen Regulierung, die wir als
26 Jusos durch Beschlüsse zur Arbeitsversicherung mit integriertem Lebensarbeitszeitkon-
27 to bereits auf den Weg gebracht haben.

28 7. Die Rückkehr des Königs 29 Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik

30 Wir Jusos stehen für eine klassisch sozialdemokratische Fiskalpolitik ein, die Eingriffe
31 vom Staat in konjunkturell angespannten Phasen als notwendig erachtet. Eine staatlich
32 aktive Wirtschaftspolitik muss dabei antizyklisch und nachfrageorientiert handeln. Das
33 heißt, dass in Phasen einer Rezession und Depression staatliche Konjunkturprogramme
34 auf den Weg gebracht werden, die möglichst schnell wieder einen Wirtschaftsauf-
35 schwung herbeiführen. Finanziert werden sollen diese notwendigen Konjunkturpakete
36 durch staatliche Mehreinnahmen, die als Rücklagen in Wirtschaftsaufschwungs- und
37 Hochkonjunkturzeiten aufgebaut werden. Das bedeutet vom Staat sollen höhere Investi-
38 tionen in den Wirtschaftskreislauf gegeben werden, unter anderem durch öffentliche
39 Ausschreibungen sowie öffentlicher Förderung von Kurzarbeit und Weiterbildungsange-
40 bote für ArbeitnehmerInnen.“

41 Dabei halten wir fest, dass die eingeführte Schuldenbremse die Ausübung dieser Wirt-
42 schafts- bzw. Finanzpolitik fast unmöglich macht. Die Finanzierung von den SPD-
43 Ministern vorgeschlagenen und umgesetzten Konjunkturpakete I & II aus der letzten

1 Wirtschaftskrise 2008 & 2009 wäre mit einer bereits greifenden Schuldenbremse nicht
2 möglich gewesen. Daher wollen wir die Schuldenbremse von Bund und Länder wieder
3 abschaffen.

4 8. The Wolf of Wall Street 5 Finanzmärkte regulieren

6 Um den ungezügelten Treiben auf den internationalen Finanzmärkten ein Ende zu set-
7 zen, fordern wir die Einführung einer international wirksame Finanztransaktionssteuer
8 (FTS oder Tobin-Tax) in Höhe von mindestens 0,05% für alle auf dem Finanzmarkt getä-
9 tigten Transaktionen ein. Diese sind zunächst innerhalb des europäischen Finanzmarkts
10 einzuführen. Mit einer FTS wird der Hochfrequenzhandel eingedämmt und der Finanz-
11 markt langfristig stabilisiert. Gleichzeitig werden die Verursacher der letzten Finanzkrise
12 an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt.

13 Sollte sich abzeichnen, dass eine Finanztransaktionssteuer international kurzfristig nicht
14 realisierbar erscheint, stehen wir für eine national wirksame Börsenumsatzsteuer in
15 Deutschland in Höhe von 0,1% ein.

16 9. Die fetten Jahre sind vorbei 17 Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben

18 Der Trend der ungerechten Lohnentwicklung in Deutschland ist unübersehbar. Zwar
19 sind auch die Gehälter gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zuletzt durch die Einfüh-
20 rung des gesetzlichen Mindestlohns real gestiegen. Dennoch zeigt die langfristige Per-
21 spektive, dass in den letzten zehn Jahren vor allem das oberste Zehntel der Angestellten
22 unter anderem auch durch erfolgsabhängige Lohnzusatzleistungen überproportional zu
23 den übrigen 90% der Angestellten von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitiert
24 haben. Der gestiegene gesellschaftliche Reichtum ist also auch unter den Beschäftigten
25 ungleich verteilt worden.

26 Darüber hinaus sind wir für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Denn während Ein-
27 kommen aus Arbeit derzeit progressiv mit bis zu 45% ab EUR 256.000 besteuert wer-
28 den, liegt der Steuersatz für Zinserträge unabhängig von ihrer Höhe bei pauschal 25%.
29 Da unsere Auffassung von Steuergerechtigkeit vorsieht, dass Erträge aus Arbeit nicht
30 höher besteuert werden sollen als Erträge aus Kapital, setzen wir uns für die Wiederein-
31 führung eines progressiven Steuermodells bei Kapitalerträgen identisch zum Einkom-
32 menssteuermodell ein.

33 10. Jäger des verlorenen Schatzes 34 Einführung der Vermögens- und Reform der Erbschaftssteuer

35 Deutschland ist eine der reichsten Volkswirtschaften auf der Welt. Doch nicht nur das
36 Einkommen sondern auch das gesellschaftliche Vermögen ist hierzulande sehr ungleich
37 verteilt: Eine Studie der Deutschen Bundesbank aus 2016 belegt, dass das Median-
38 Vermögen bei knapp EUR 60.400 liegt, während das arithmetische Mittel mit EUR
39 214.500 fast viermal so hoch ist. Dies ist ein deutliches Indiz für eine starke Konzentri-
40 on des Gesamtvermögens auf die reiche Hälfte der Gesellschaft.

1 Wir wollen, dass die reichsten Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr zum Zu-
2 sammenhalt der Gesellschaft und damit dem Erhalt des sozialen Friedens beitragen als
3 in der Vergangenheit. Daher stehen wir für die Einführung einer Vermögenssteuer ein.
4 Schätzungen gehen bislang davon aus, dass Vermögen, das ab einem Wert von 2 Mio.
5 EUR mit 1% besteuert wird bis zu 16 Milliarden EUR als Mehreinnahmen in die Staats-
6 kasse spülen würde. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht in diesem
7 Zusammenhang davon aus, dass bei dem soeben vorgeschlagenen Freibetragsmodell in
8 Höhe von 2 Mio. EUR 98% aller im Handelsregister erfassten Unternehmen keine finan-
9 zielle Mehrbelastung zu befürchten haben, mittelständische Unternehmen von der Re-
10 form also ausgeschlossen sind und keine arbeitsplatzgefährdete Situationen zu erwar-
11 ten sind.

12 Wir stehen darüber hinaus dafür ein, dass vererbter Reichtum ebenfalls stärker besteu-
13 ert wird als bislang. Dazu sollen entsprechende Freibeträge als auch Steuersätze erhöht
14 sowie Abschreibungsmöglichkeiten gemindert werden. Diese daraus resultierenden
15 Mehreinnahmen könnten beispielsweise den Kommunen zum Ausbau der sozialen Inf-
16 frastruktur zur Verfügung gestellt werden und tragen damit einen entscheidenden Bei-
17 trag zur sozialen Gerechtigkeit bei.

18 11. Let's make money

19 Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegentreten

20 Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war von einem Prinzip der Solidarität aufgebaut:
21 Ein Mensch mit einem Arbeitsplatz war für einen arbeitslosen Mensch da, ein gesunder
22 Mensch für einen Kranken, die Arbeitsgesellschaft für die Rentengesellschaft. Dabei kam
23 den Unternehmen eine Sonderrolle zu. Sie durften gewinnorientiert wirtschaften, besa-
24 ßen aber die gesamtgesellschaftliche Verantwortung das soziale Netz zur Hälfte mit zu
25 finanzieren. Dies war Geburtsstunde des deutschen Sozialversicherungssystems in der
26 Bundesrepublik.

27 Vor mehr als zehn Jahren kam es dahingehend jedoch zu einem gesellschaftspolitischen
28 Bruch: Das Wort „Eigenverantwortung“ wurde salonfähig. Das heißt, dass alle Arbeit-
29 nehmerInnen zunächst mehr zur Verantwortung gezogen wurden und individuell aus
30 ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zusätzlich für ihre spätere Rente vorsorgen
31 sollten. Darüber hinaus wurde die vollparitätische Finanzierung in der gesetzlichen
32 Krankenversicherung sowie der Pflegeversicherung zugunsten der Kapitaleseite auf den
33 arbeitenden Teil der Bevölkerung verschoben. Wir setzen uns daher für eine Rückkehr
34 zur vollparitätische Finanzierung aller Säulen der Sozialversicherung ein. Gleichzeitig
35 muss der gesetzliche Beitragssatz zur Deutschen Rentenversicherung angehoben wer-
36 den, um die ergänzende Privatvorsorge der ArbeitnehmerInnen zur Sicherung des Le-
37 bensstandards in der Rentenzeit überflüssig zu machen. Außerdem ist die Pflegeversi-
38 cherung dafür da, damit Kinder nicht die Pflege ihrer Eltern finanzieren müssen, ent-
39 sprechende Gesetzeslagen sind dahingehend zu ändern.

40 Zusätzlich zu diesen Reformvorschlägen möchten wir die Beitragseinnahmen durch eine
41 Umgestaltung des Kranken- und Rentenversicherungssystems durch jeweilige Bürger-

1 versicherungen gewährleisten, damit künftig alle Beschäftigungsverhältnisse ihren glei-
2 chen Anteil zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und die zusätzlichen
3 Beitragseinnahmen zur Qualitätssteigerung im Renten- und Gesundheitssystem bei-
4 tragen können. Außerdem wollen wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversi-
5 cherung überführen, aus der unter anderem Weiterbildungsangebote finanziert und
6 Ruhephasen innerhalb des Erwerbsarbeitslebens in privat relevanten Zeiten angerech-
7 net werden können. In diesem Zusammenhang möchten wir die Regelsätze zur Grund-
8 sicherung für Langzeitarbeitslose deutlich erhöhen und Sanktionen abschaffen.

9 Wir stellen uns darüber hinaus gegen den neoliberalen Irrglauben, dass öffentliche Auf-
10 gaben durch Wettbewerb und einer Konkurrenzsituation effektiver von privaten Anbie-
11 tern umgesetzt werden können. Unsere vorgenannten Steuerreformvorschläge sind
12 demnach auch kein Selbstzweck: Wir wollen einen handlungsfähigen und gemeinwohl-
13 orientierten Staat, der Investitionen in die soziale Infrastruktur tätigt. Sei es beispielswei-
14 se für die Verkehrsinfrastruktur, für den öffentlich-sozialen Wohnungsbau, der Digitali-
15 sierung oder für staatliche Bildungseinrichtungen von der KITA über Schulen bis hin zu
16 Universitäten. Teilprivatisierungen öffentlicher Straßen und Einrichtungen (PPP bzw.
17 ÖPP) lehnen wir ab.

Ao2: Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte

1 Die Jusos stehen genau wie die SPD in einer sehr langen Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Die Stärkung der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeiter*innen
2 und auch aller anderen Arbeitnehmer*innen sind für uns daher ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil unseres politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in
3 dieser Frage unsere natürlich Bündnispartnerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes
4 haben wir gemeinsam viele Errungenschaften erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und müssen daher stets verteidigt, erhalten und ausgeweitet werden.
5 Hierbei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dynamik weiterentwickelt und damit auch die
6 Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor allem für die Arbeitnehmer*innen ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Antworten braucht. Einige dieser konkreten Herausforderungen und die
7 aus ihnen erwachsenden Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

14 Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt

15 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organisationsgrad von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen, die von Gewerkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Tarifparteien und hüllt die Tarifautonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen sind, die den Rahmen der Tarifautonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken setzen. Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine falsche und unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung und den Mut zur Veränderung.

25 Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen - Schluss mit der Teilzeitfalle

26 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an Bedeutung. Viele Arbeitnehmer*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von ihnen verlangen, dass sie sich zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen Anforderungen orientieren. Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler wird: die Teilzeitfalle. Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur selten wieder in eine Anstellung in Vollzeit zurück. Das kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss das auch dürfen!

33 Wir fordern:

34 -ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer vereinbarten automatischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.
35

1 -einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rück-
2 kehr von Teil- in Vollzeit für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet ist.

3 **Nur Ausbeutung gehört befristet - Schluss mit der willkürlichen Befristung**

4 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine
5 mittel- oder langfristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört über-
6 wunden!

7 Deshalb fordern wir:

8 -die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.

9 -der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen
10 Mechanismus entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.

11 -eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsver-
12 hältnissen um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

13 **Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung - Schluss mit der Ungleichbehandlung von** 14 **Leiharbeiter*innen**

15 Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die
16 jeweiligen Stammbeschaften. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer*innen 2.
17 Klasse behandelt. Das muss aufhören!

18 Wir fordern:

19 -die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammbes-
20 chaft - sowohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.

21 -zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.

22 **Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen**

23 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und
24 den sozialen Sicherungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unter-
25 bunden werden. Damit sorgen wir zugleich für einen immensen Zuwachs von sozialversi-
26 cherungspflichtigen Arbeitsplätzen – vor allem in den Bereichen, in denen Scheinselbstän-
27 digkeit heute noch weit verbreitet ist.

28 Wir fordern also:

29 -Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzu-
30 gehen.

31 **App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten** 32 **Arbeitswelt**

33 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer*innen als Vorteil empfunden werden,
34 aber es stecken in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben
35 und auszuhebeln. So werden in Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch

1 durch Freizeit ausgeglichen oder finanziell vergütet. Ein weiteres Problem in diesem Zu-
2 sammenhang stellt auch die Durchsetzung des wichtigen und notwendigen flächendecken-
3 den Mindestlohns dar.

4 **Wir fordern:**

5 -einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Ar-
6 beitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.

7 -gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutsch-
8 land endlich Einhalt gebietet.

9 -die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnaus-
10 gleich.

11 **Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und globale Arbeit-** 12 **nehmer*innenrechte**

13 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die
14 Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen äh-
15 neln sich in vielen Nationalstaaten, die leider immer noch allein und individuell nach Lösun-
16 gen suchen und diese Konzepte für sich erproben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitneh-
17 mer*innen auf der Welt teilen: menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einer gerechten
18 Bezahlung für ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die europäi-
19 schen und auch die globalen Bemühungen vorangetrieben werden, damit menschenver-
20 achtende Arbeitsbedingungen und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt und
21 bekämpft werden kann und nicht zu sogenannten „guten Standortbedingungen“ verklärt
22 werden. Daher muss das mittel- bis langfristige Ziel sozialdemokratischer Arbeitspolitik sein,
23 unsere Ziele und Maßnahmen auch europaweit und international durchzusetzen. Bei die-
24 sem Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind die Gewerkschaften unse-
25 re wichtigsten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jenseits der
26 Grenzen von Nationalstaaten weiterentwickeln müssen.

1 **A03: Leben gestalten – Arbeitskraft sichern**

- 2 Die Jusos Niedersachsen fordern die die niedersächsische SPD auf, eine Bundesratsinitiative
3 zu initiieren, um die staatliche Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit auszubauen.

A04: Beendigung der sachgrundlosen Befristung

- 4 Wir fordern die Beendigung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Zudem fordern wir die ersatzlose
5 Abschaffung des § 14 Abs. 1 Nr. 7 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Die Abschaffung der sach-
6 grundlosen Befristung ist auch in der Wissenschaft durchzusetzen.

- 7 Weiterleitung: SPD Landesparteitag

8 **A05: Erhöhung des Freibetrages bei Hartz 4 Nebenein-** 9 **kommen anderer Personen und Abschaffung der An-** 10 **rechnung an Sozialleistungen**

- 11 Wir fordern die Erhöhung des Freibetrages (derzeit 100€) durch erzielte Nebeneinkommen von Per-
12 sonen und Schutzbefohlenen, die Kindergeld beziehen und unverschuldet in einer Bedarfsgemein-
13 schaft leben, auf 460€ im Monat. Des Weiteren soll das anrechnen des Geldes durch Behörden (Ar-
14 beitsagentur, Jobcenter, etc.) an die Sozialleistungen abgeschafft werden.

ANTRAGSBEREICH: **B- Bildung**

Box: Der Club der toten Dichter – Unsere Vorstellungen zu Bildung, Studium und Ausbildung

1 Bildung ist für uns Jusos ein elementares Thema. Wir sehen in der Bildung einen zentralen
2 Baustein zur Realisierung des Demokratischen Sozialismus, indem Menschen die realen
3 Verhältnisse in der Gesellschaft kritisch analysieren, reflektieren und neue Antworten auf
4 innere gesellschaftliche Widersprüche finden. Letztlich besitzt das Thema Bildung aber auch
5 für uns als Jugendorganisation aufgrund der Zielgruppenorientierung eine Sonderrolle, wel-
6 che wir im Folgenden durch konkrete Bildungsvorstellungen unsererseits darstellen.

7 1.1. Das verwunschene Kind 8 Qualität in KITAs kostenfrei sicherstellen

9 Wir legen einen Schwerpunkt darauf, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung in den
10 staatlichen KITA-Einrichtungen erhöht werden muss und gleichzeitig alle ökonomischen
11 Hemmnisse für Eltern abgebaut werden. Ebenso setzen wir uns für diverse und gerechte
12 KiTas ein, die sich nicht je nach Stadtteil oder Gemeinde in Ausstattung und Möglichkeiten
13 unterscheiden, sondern allen Kindern die selben, guten Bedingungen bieten. Deshalb set-
14 zen wir uns dafür ein, dass Bildung in Deutschland als Grundrecht anerkannt wird, welches
15 allen Gesellschaftsmitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt wird- von der KITA an. Die
16 Kostenfreiheit soll insbesondere durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Ein-
17 kommenssteuer finanziert werden. Rückständige Forderungen aus Reihen der Union nach
18 einer Herdprämie lehnen wir mit aller Entschiedenheit als strukturkonservatives Element
19 ab, welche reell vor allem Frauen in eine Rolle der Erzieherin und Haushälterin degradiert.

20 1.2. Hogwarts 21 Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen

22 Deutschland ist weltweit das einzige Land, in dem es ein dreigliedriges Schulsystem nach
23 dem vierten Schuljahrgang gibt. Erwiesenermaßen trägt das dreigliedrige System dazu bei,
24 dass sich ökonomisch-familiäre Verhältnisse über Generationen hinweg konservieren. Oder
25 um es deutlicher zu formulieren: Wer in armen Verhältnissen geboren wird, kommt auf die
26 Hauptschule und bleibt angesichts der heutigen und zukünftigen Anforderungen auf dem
27 Arbeitsmarkt arm, nach dem Motto „Zeig mir, wo Du herkommst und ich zeige Dir, wo Du
28 hingehörst“. Andererseits erhalten Kinder aus akademischen Haushalten hierzulande über-
29 durchschnittlich stark das Abitur auf dem traditionellen Weg über das Gymnasium.

30 Wir Jusos sehen daher in dem dreigliedrigen Schulsystem das letzte Überbleibsel der Kai-
31 serzeit und der preußischen Gesellschaft. Dieser Zustand muss überwunden werden, um
32 Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben zu er-

1 möglichen. Dies wollen wir durch den Ausbau von integrierte Gesamtschulen realisieren,
2 welche langfristig die derzeitige Schulmodelle ersetzen sollen.

3 Darüber hinaus sind weitere Strukturreformen erforderlich, damit die individuellen Stärken
4 von SchülerInnen gefördert werden.

5 1.3. Der Stein der Weisen 6 KiWi-Prinzip ablehnen

7 In den letzten Jahrzehnten mussten wir immer wieder feststellen, dass Bildung an allge-
8 meinbildenden Schulen immer mehr auf die Ausbildung, also auf die Verwertbarkeit für ge-
9 winnorientierte Unternehmen in unserem kapitalistischen System reduziert wird. Dieses
10 Prinzip ist auch unter dem Schlagwort KiWi („Kinder für die Wirtschaft“) bekannt.

11 Wir wollen, dass allgemeinbildende Schulen komplett frei von wirtschaftlichen Interessen
12 ihren Unterricht abhalten können. Dazu sind insbesondere folgende zwei Punkte zu beach-
13 ten:

14 Das Sponsoring von Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich von Unterrichtsmaterialien sollen
15 unterbunden werden, damit Schulen weiterhin unabhängig von einzelnen Unternehmen
16 oder Wirtschaftsverbänden ihre Unterrichtsinhalte gestalten können. Denn die Unterrichts-
17 inhalte dürfen sich dabei nicht auf mögliche Einsetzbarkeit in späteren Berufsfelder nieder-
18 schlagen sondern vielmehr unabhängig davon wissenschaftlich aufbereitet werden. Schul-
19 bildung soll also dazu führen, dass sich junge Menschen kritisch mit wissenschaftlichen und
20 gesellschaftlichen Inhalten auseinandersetzen können, um später ein emanzipiertes Leben
21 zu bestreiten.

22 Veranstaltungen von WirtschaftsvertreterInnen oder VertreterInnen aus staatlichen Institu-
23 tionen wie der Bundeswehr müssen aus dem Schulunterricht bzw. aus der Schule fernge-
24 halten werden. Vor allem junge Menschen sind anfällig dafür, dass sie auf Werbeveranstal-
25 tungen, die als Informationsveranstaltung getarnt sind, ohne kritischen Bezug auf die jewei-
26 lige Organisation ein zu einseitiges Bild erhalten.

27 1.4. Die Kammer des Schreckens 28 Sitzenbleiben und Noten abschaffen

29 Wir Jusos stehen für ein soziales Lernen ein, welches sich vom derzeitigen „Konkurrenzler-
30 nen“ abgrenzt. Das heißt für uns vor allem, dass wir uns von zwei zentralen Bausteinen in
31 der heutigen Bildungslandschaft verabschieden: Der Wiederholung einer Klassenstufe und
32 der Vergabe von Noten.

33 Denn zu den potentiell einschneidendsten sozialen Ereignissen eines jungen Menschen
34 gehört die Wiederholung der Schulklasse, welches oft mit dem Verlust seines sozialen Um-
35 felds einhergeht. Das „Sitzenbleiben“ fördert also die Ausgrenzung und das Gefühl „versagt
36 zu haben“ für junge Menschen. Dies können wir als Jusos nicht unterstützen. Es gibt andere
37 Wege und Mittel, die Förderung von jungen Menschen zu gewährleisten.

38 Darüber hinaus wollen wir die Benotung an Schulen in der derzeitigen Form abschaffen. Als
39 Alternative schlagen wir Lernentwicklungsberichte gegliedert nach inhaltlichen und sozialen
40 Kompetenzpunkten vor. Mit dem Bewertungssystem von 1-6 wird aus unserer Sicht zu we-
41 nig differenziert auf die individuelle Entwicklung eines jungen Menschen eingegangen. Es

1 fördert darüber hinaus das Pauken bzw. Bulimie-Lernen von einzelnen Aspekten der
2 Lehrinhalte und nicht das Verständnis der zu erlernenden Inhalte im Gesamtkontext. Die
3 Schulnote ist dahingehend nur eine reine Zahl, die Leistungsdruck auf jedeN SchülerIn und
4 gleichzeitig einen Konkurrenzdruck innerhalb von Schulklassen und Freundeskreisen aus-
5 übt, welche von Kindesalter an gesellschaftliche Leitbilder der „Ellenbogenmentalität“ nach
6 dem Motto fördert „Hauptsache ich stehe besser da als andere“.

7 Wir Jusos folgen einem anderen gesellschaftlichen Leitbild, welches sich dadurch auszeich-
8 net, dass wir als Individuen gemeinsam mehr erreichen können, wenn wir zusammen arbei-
9 ten. Zur Realisierung dieses Leitbilds wollen wir deshalb schon früh damit beginnen, andere
10 Bewertungsmaßstäbe wie individuelle Rückmeldungen der Lehrkräfte an Eltern und Schüle-
11 rInnen umzusetzen.

12 1.5. Der Orden des Phönix 13 SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken

14 Demokratie darf nicht am Schultor enden! Viele Entscheidungen an den Schulen in Nieder-
15 sachsen werden dennoch von den Schulvorständen und Schulleitungen getroffen, in denen
16 SchülerInnenvertretungen (SV) kein oder nur ein stark eingeschränktes Mitspracherecht
17 haben. Dies wollen wir ändern. Wir fordern daher, dass alle Entscheidungen an Schulen auf
18 sämtlichen Ebenen nur von demokratisch legitimierten Gremien aus Schüler*innen, Lehr-
19 kräften und Elternvertreter*innen getroffen werden. Vor allem für junge Menschen ist es
20 entscheidend, dass sie sich durch demokratische Entscheidungsstrukturen Gehör verschaf-
21 fen können und damit der Demokratie von Kindheit an positiv gegenüber stehen.

22 Langfristig sehen wir es aber auch als notwendig an, dass man die Struktur der Entschei-
23 dungsgremien an den staatlichen Schulen in Niedersachsen überarbeitet. Es gibt in
24 Deutschland dahingehend bereits einige Alternativschulmodelle im privaten Sektor, die Ent-
25 scheidungen unter starker Mitnahme der Schülerinnen und Schüler treffen. Diese wollen
26 wir im Einzelnen analysieren und das für uns bestmögliche Modell in die innerparteiliche
27 Debatte zur Strukturreform hineintragen.

28 Auch die Studierendenvertretungen müssen stärker an Entscheidungen innerhalb universi-
29 tärer Entscheidungsgremien in Bezug auf Verwaltungs-, Finanz- und Personalfragen beteiligt
30 werden. Deshalb setzen wir uns für eine Auflösung der Statusgruppen bei den Wahlen zu
31 den akademischen Gremien ein.

32 1.6. Die Heiligtümer des Todes 33 Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten

34 Wir Jusos sehen in der Wissenschaft ein Mittel, Menschen über nicht begriffene Machtstruk-
35 turen innerhalb der Gesellschaft aufzuklären anstatt sie als naturgegeben anzuerkennen
36 und sich nicht mehr kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen oder gar Widersprüche im ge-
37 gesellschaftlich-wissenschaftlichen Bereich zu entlarven. Für uns ist daher klar, dass Bildung
38 an Hochschulen über eine wirtschaftliche Verwertbarkeit der vermittelten Lehrinhalte hin-
39 ausgehen muss. Öffentliche Universitäten sind keine wirtschaftsnahen Berufsausbildungs-
40 institutionen, die ökonomisches Interesse verfolgen sollen.

1 Öffentliche Universitäten sollen auch frei zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns auch da-
2 für ein, dass sämtliche Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen und innerhalb von
3 Hochschulen hinsichtlich der Studienfachauswahl oder der Möglichkeit einen Masterstudi-
4 engang zu beginnen abgeschafft werden müssen. Gleichzeitig stehen wir für eine flexiblere
5 Ausgestaltung der Lehrpläne innerhalb von Studiengängen ein, schließlich geht es in einem
6 wissenschaftlichen Studium auch darum individuelle Lernprozesse jenseits starrer Vorga-
7 ben zu gewährleisten.

8 **1.7. Der Gefangene von Askaban** 9 **Elternunabhängiges BAföG einführen**

10 Studierende müssen darüber hinaus die Möglichkeit haben, sich unabhängig von ihrer öko-
11 nomischen Herkunft voll auf ihr Studium zu konzentrieren, ohne dass die Notwendigkeit zur
12 Aufnahme einer Nebenbeschäftigung auftritt. Deshalb stehen wir dafür ein, dass die BAföG-
13 Regelsätze bedarfsdeckend erhöht werden. Da sich viele StudienabsolventInnen mit einem
14 enormen Schuldenberg konfrontiert sehen und nicht jeder abgeschlossene Studienberuf
15 mit einem hohen Gehalt einhergeht, setzen wir uns dafür ein, dass Leistungen aus dem
16 BAföG - wie in der Zeit als es erstmals eingeführt wurde - als Vollzuschuss, also nicht anteilig
17 als Darlehen gewährt wird.

18 Darüber hinaus sehen wir, dass viele Eltern aus akademischen Kreisen bereits einen „Plan“
19 für ihre Kinder verfolgen. Sie sind der Meinung, dass sie besser wissen, was gut für ihr Kind
20 ist und üben entsprechenden Druck bei der Studienwahl nach dem Motto aus: „Entweder
21 Du studierst dieses Fach oder es gibt keine finanzielle Unterstützung.“ Wir wollen, dass jun-
22 ge Menschen sich von ihren Eltern emanzipieren können, ein selbstbestimmtes Leben füh-
23 ren und sich unter anderem auch unabhängig vom Elternwillen für ein Studium ihrer Wahl
24 entscheiden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines BAföGs ein, wel-
25 ches unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an Studierende ausgezahlt wird. Ebenso muss
26 das BAföG von der Regelstudienzeit entkoppelt werden. Durch die Limitierung der Bezugs-
27 zeit auf die Regelstudienzeit wird lediglich Stress und die Gefahr eines späten Studienab-
28 bruchs erhöht. Auch müssen die Altersgrenzen abgeschafft werden, um perspektivisch das
29 BAföG auch als Weiterbildungsfinanzierung nutzen zu können und lernen altersunabhängig
30 zu ermöglichen. Das Ziel muss ein bedarfsdeckendes, alters- und elternunabhängiges BA-
31 föG als Vollzuschuss. Eine Finanzierung hierfür ist unter anderem durch unsere bereits er-
32 läuterten Steuerpläne sowie durch die Einstellung der Finanzierung von Eliteförderpro-
33 gramme wie dem sogenannten „Deutschland-Stipendium“ zu gewährleisten.

34 **1.8. Der Halbblutprinz** 35 **Duale Ausbildung stärken**

36 Das duale Ausbildungssystem in Deutschland wird weltweit als vorbildlich betrachtet. Wäh-
37 rend einE AuszubildendeR hierzulande die berufspraktische Ausbildung im Betrieb erlebt,
38 erhält er oder sie die berufstheoretischen Inhalte sowie allgemeinbildenden Unterricht über
39 eine berufsbildende Schule. Dies trägt dazu bei, dass man nach der Ausbildung relativ prob-
40 lemlos in anderen – auch branchenfremden – Betrieben einer Erwerbsarbeit nachgehen
41 kann. Doch seit Jahren verliert das duale Ausbildungssystems durch den Anstieg von Studie-
42 renden an (Fach-)Hochschulen bzw. Universitäten an Bedeutung. Zeitgleich klagen die

1 überwiegende Zahl von Gewerkschaftsjugenden und Ausbildungssuchende an, dass von
2 der Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

3 Wir Jusos möchten beiden Fehlentwicklungen entgegentreten. Zur Steigerung der Attraktivität
4 der klassischen Berufsausbildung sehen wir die Notwendigkeit, die Herausforderungen
5 der zukünftigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hinsichtlich des Themas Arbeit 4.0 auf die
6 derzeitige Struktur der Ausbildungsberufe anzupassen. Hier sind die Industrie und Handelskammer (IHK)
7 und die Handwerkskammer (HWK) aufgefordert gemeinsam mit den politischen Akteuren eine Reform
8 der bundesweit einheitlichen und starren Rahmenlehrpläne hin zu einer Art „Allround Studi“
9 öffnen. Außerdem müssen sämtliche Ausbildungsberufe durch eine Mindestauszubildendenvergütung
10 in Höhe von mindestens vier Fünfteln des aktuell gesetzlichen Mindestlohns gekennzeichnet sein.

12 Darüber hinaus hat die Wirtschaft die Pflicht genug Ausbildungsstellen zur Verfügung zu
13 stellen. Nachdem freiwillige Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft in der Vergangenheit
14 nicht zu diesem Ziel geführt haben (Ausbildungspakt), fordern wir die Einführung der Ausbildungsplatzumlage.
15 Wir sehen in diesem Instrument das beste Mittel, um das Urteil vom Bundesverfassungsgericht
16 aus dem Jahr 1995 gerecht zu werden. Demnach müssen 7% aller Beschäftigungsstellen in einem
17 Unternehmen Ausbildungsstellen sein. Unternehmen, die weniger Personen innerhalb der Belegschaft
18 ausbilden, müssen eine Strafzahlung in einen Fonds einzahlen, aus dem sich wieder die Unternehmen
19 bedienen dürfen, die überdurchschnittlich vielen jungen Menschen eine Lebensperspektive aufzeigen.
20

Bo2: Lernen zu Lehren im 21. Jahrhundert – Neue Herausforderungen in der Lehrer*innenbildung konsequent angehen

1 Lehrer*in zu werden, ist ein langer und aufwändiger Weg in Deutschland, die Schwerpunkte
2 in der universitären Ausbildung liegen in den meisten Bundesländern bei fachlichen Kom-
3 petenzen in den späterhin zu unterrichtenden Fächern. Das 18-monatige Referendariat soll
4 dann, anschließend an erste Praxiserfahrungen in Praktika, die reale Umsetzung dieser er-
5 worbenen Kompetenzen aus der Hochschulbildung vermitteln. Dass dabei zwischen schrift-
6 lichen Stundenkonzeptionen, Prüfungsunterricht nach Schema F und regulärer Lehrtätigkeit
7 wenig Zeit zum Verschnaufen bleibt, ist hinlänglich bekannt. Was schließlich bleibt, ist die
8 relativ isolierte Lehrtätigkeit auf Grundlage der erworbenen Kompetenzen – und das meist
9 auf dem Stand der Zeit des Abschlusses.

10 Wir als Jusos unterstützen die Förderung des leistungsheterogenen Unterrichtens und for-
11 dern außerdem die Landesregierung auf zu prüfen, ob die noch getrennten Lehramtsbach-
12 leor in Niedersachsen, dem gymnasialen Lehramt und das Lehramts für Haupt- und Real-
13 schulen zu einem Universallehramtsbachelors (vgl. Bremer Modell) möglicherweise fusio-
14 niert werden können. Um dadurch zum einen die Lehrkraft bis zum Master Entscheidungs-
15 zeit zur Festlegung der letztendlichen Schulformausbildung zu geben und zum anderen
16 eine flexiblerer Einsetzbarkeit bei Lehrer*innenmangel zu gewährleisten.

17 Damit muss jedoch Schluss sein! Der Zahn der Zeit schreckt nicht vor der Leh-
18 rer*innenbildung zurück. Wir müssen uns Gedanken um eine grundlegende Neugestaltung
19 der Ausbildung unserer Lehrer*innen machen, sowohl strukturell, als auch inhaltlich. Es ist
20 unsere Aufgabe als politische Kraft mit Gestaltungswillen im Bereich „Schule“, nicht im veral-
21 teten Status Quo zu verbleiben und uns den Neuerungen der vergangenen Jahre weiterhin
22 zu verschließen.

23 Strukturell muss die Lehrer*innenbildung dynamischer und im Rahmen „lebenslangem
24 Lernens“ auch verpflichtend mit Weiter- und Fortbildungen zu spezifischen Themenfeldern
25 versehen werden. Es darf nicht mehr ausreichen, dass Lehrende nach ihrer Ausbildung in
26 der Theorie bis zur Pensionierung vor sich hin unterrichten. Die Fort- und Weiterbildungen
27 müssen zentral gesteuert und in regelmäßigen Abständen kontrolliert werden können. Das
28 Angebot muss attraktiv und niedrigschwellig allen Lehrer*innen zur Verfügung stehen. Die
29 Studienseminare und Hochschulen müssen über das Land gleichmäßig verteilt Bildungsan-
30 gebote auch für Lehrkräfte im ländlichen Raum anbieten. Schon im Studium müssen ange-
31 hende Lehrer*innen darauf vorbereitet werden, auch über ihre akademische Laufbahn hin-
32 aus auf Fortbildungen und den Willen zu aktuellem didaktischen und pädagogischen Fach-
33 wissen zurückzugreifen.

34 Inhaltlich steht die Lehrer*innenbildung vor einem großen Problem. Neue Aufgabenfelder
35 kommen dazu, alte Themen verlieren zumeist aber nicht an Gültigkeit. Das Studium weiter
36 durch neue Pflichtmodule zu verlängern kann nicht das Ziel sein, wie also den neuen Her-
37 ausforderungen des Lehrens gerecht werden?

1 Unser Vorschlag: Den Schwerpunkt der akademischen Ausbildung verschieben und sich von
2 einem maßgeblich fachlich geprägten Bachelorstudium verabschieden! Schon an der Uni-
3 versität muss der Lehralltag mit seinen pädagogischen und didaktischen Herausforderun-
4 gen an erster Stelle stehen. Eine fachliche Grundausbildung der zu unterrichtenden The-
5 menkomplexe sowie sinnvoll und an persönlichen Erkenntnisinteressen variierbare Vertie-
6 fungen über den künftigen Lehrstoff hinaus sind eine weitaus flexiblere und nützlichere
7 Lösung, als die verpflichtende Aneignung von weit über das Pensum hinausgehenden Sach-
8 kompetenzen, die viele angehende Lehrer*innen im Studium scheitern lassen. Die dadurch
9 freiwerdenden Studienanteile können dann in die neuen Herausforderungen der heutigen
10 Schulzeit fließen:

11 Wir fordern, dass grundlegende erste pädagogische Professionalisierungsmodule bereits im
12 1. Semester angeboten werden sollen. Ein in Niedersachsen obligatorisches und flächende-
13 ckendes Orientierungspraktikum soll in den vorlesungsfreien Zeiten von Sommer- und Win-
14 tersemester im 1. Studienjahr (ggf. abweichend für Fremdsprachen Studierende, (bzgl. Des
15 obligatorischen Auslandsaufenthaltes) verpflichtend sein.

16 Da wäre vor allem Anderen die Inklusion zu benennen. Nur Lehrer*innen, die um Metho-
17 den der Binnendifferenzierung, dem Umgang mit heterogenen Lerngruppen und Nicht-
18 Muttersprachler*innen umfassend informiert sind, können Inklusion im Schulalltag ermögli-
19 chen. Nur ein inklusiver Lehr- und Lernstil ermöglicht uns eine gleichberechtigte Teilhabe
20 für alle jungen Menschen, unabhängig von Behinderung, Herkunft, Geschlecht oder ande-
21 ren gesellschaftlich produzierten Benachteiligungen. Unser oberstes Ziel als Sozialdemo-
22 krat*innen muss es sein, allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildung und ein selbst-
23 bestimmtes Leben zu ermöglichen – vor allem unsere Lehrkräfte müssen daher über die
24 theoretische Einbettung von „Inklusion“ und Methoden der praktischen Umsetzung umfas-
25 send geschult werden. Im Zuge der Anhebung des didaktischen und erziehungswissen-
26 schaftlichen Anteils im Studium fordern wir auch den Umgang und die Thematisierung von
27 Genderdiversität innerhalb der Vertiefungsseminare.

28 Neben der Inklusion befasst sich die aktuelle Debatte in der Erziehungswissenschaft auch
29 zunehmend mit der Digitalisierung der Schulen und der Medienbildung als zu vermittelnder
30 Kompetenz für Schüler*innen. Auch hier zeigen sich elementare Probleme, wenn diese
31 Themen im Unterricht z.B. auf Grund mangelndem Wissens der Lehrkräfte nicht unterricht-
32 tet werden. Der sichere Umgang mit digitalen Endgeräten und basalen Softwarelösungen
33 wie Textprogrammen, Präsentationsprogrammen oder Recherchemöglichkeiten im Internet
34 ist in der heutigen Zeit aus der Berufswelt nicht mehr wegzudenken. Doch auch im Privaten
35 ist es zunehmend für junge Menschen wichtig, Mittel und Wege zum Erkennen von Falsch-
36 meldungen im Internet oder dem sicheren Umgang mit persönlichen Daten zu lernen. Auch
37 hier sehen wir den Auftrag, im Rahmen der Lehrer*innenbildung entsprechende Kurse ver-
38 pflichtend in das Curriculum einzupflegen, um diesen Herausforderungen gerecht zu wer-
39 den.

40 Nicht zuletzt müssen vor allem pädagogische Kompetenzen mehr Gewicht in der Ausbil-
41 dung von Lehrer*innen haben. Cyber-Mobbing, aktuelle soziologische und psychologische

1 Zugänge zum Umgang mit und zwischen Schüler*innen und auch eine Abkehr von altbe-
2 kannten Lehrmodellen wie dem Einzelunterricht (eine Lehrperson in einer geschlossenen
3 Lerngruppe) müssen verpflichtende Bestandteile der Ausbildung werden. Letzteres ist ein
4 noch immer in den meisten Köpfen verankerter, alternativloser Zugang zu Unterricht, der
5 längst in der erziehungswissenschaftlichen Forschung widerlegt wurde und durch „koopera-
6 tive Lehrformen“ ersetzt werden sollte. Unterricht mit zwei Lehrkräften oder weiteren Sozi-
7 al- und Sonderpädagog*innen muss angehenden Lehrer*innen beigebracht werden bereits
8 Unterrichtenden ebenfalls.

9 Wir wollen die Bestrebungen der Erziehungswissenschaft an den Hochschulen natürlich
10 nicht kleinreden. Es gibt, beispielsweise bei der Zentralen Einrichtung für Lehrerbildung
11 [sic!] in Göttingen sowohl ein Zertifikatsprogramm zum Thema Inklusion, als auch zum
12 Thema Digitale Bildung. Doch sind solche Bemühungen lange nicht ausreichend, schneiden
13 bestimmte Themenfelder nicht konsequent genug an und – und das ist das Wichtigste –
14 sind auf rein freiwilliger Basis und oft mit erheblich mehr Zeitaufwand durch zusätzliche
15 Veranstaltungen verbunden. Wir sagen: Freiwillige Zusatzqualifikationen für angehende
16 Lehrer*innen reichen nicht aus, wir müssen aktiv die Lehrer*innenausbildung in ihren
17 Pflichtbestandteilen umstrukturieren und den Herausforderungen der heutigen Zeit einen
18 nicht streichbaren Platz im Studium schaffen.

19 Zuletzt sei nochmals auf die anfangs erwähnten Fort- und Weiterbildungen verwiesen. Wir
20 finden, all diese Umgestaltungen der Ausbildung müssen simultan auch von bereits unter-
21 richtenden Lehrer*innen getragen und angewandt werden. Daher fordern wir eine Verein-
22 heitlichung und zentrale Koordination von der Aus-, Um- und Weiterbildung. Der Status
23 Quo, dass sowohl die einzelnen Hochschulen, als auch die Studienseminare, als auch das
24 jeweilige Kultusministerium, bestimmte Zuständigkeiten und eigenständigen Gestaltungs-
25 spielraum haben, macht die Umsetzung einer grundlegenden Neustrukturierung schwieri-
26 ger als nötig. Nur, wenn alle Teilbereiche der Lehrer*innenbildung, also Studium, Referen-
27 dariat und Fort- bzw. Weiterbildungen gemeinsam reformiert und neustrukturiert werden,
28 kann der dringend nötige Wandel bei der Ausbildung von Lehrenden gelingen. Dafür ma-
29 chen wir uns stark, das muss unser Schritt hin zu einem gerechteren, moderneren und so-
30 zialeren Schulsystem sein.

Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Bo3: Wiedereinführung eines Dezernates und einer Inspektion für Gesamtschulen

- 1 Wir fordern die Wiedereinführung eines eigenständigen Gesamtschuldezernates und damit
- 2 verbunden die Erarbeitung und Realisierung einer eigenständigen, spezifischen Gesamt-
- 3 schulinspektion. Langfristig halten wir an unserem Ziel fest, die Gesamtschule für alle Schü-
- 4 ler*innen durchzusetzen und das mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen. Zusätzlich for-
- 5 dern wir die Überprüfung bzw. Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung
- 6 an Schulen.“

Weiterleitung: Landesparteitag, Landtagsfraktion

Bo4: Online Literatur an Hochschulen und Universitäten erhalten

- 7 Wir fordern alle Abgeordneten und Mitglieder der SPD dazu auf, sich aktiv auf allen Partei-
- 8 ebenen und in allen SPD-Fraktionen für eine schnelle Lösung des Konfliktes um die Ein-
- 9 zelerfassung und die Einzelvergütung von wissenschaftlicher Literatur, welche in Hochschu-
- 10 len und Universitäten zur Forschung und Lehre bereitgestellt wird, einzusetzen. Die Ver-
- 11 handlungen zwischen Verwertungsgemeinschaft Wort, Hochschulrektorenkonferenz und
- 12 Kultusministerkonferenz müssen zu einem akzeptablen Ergebnis für Studierende und Leh-
- 13 rende führen. Dies kann nur durch eine Wiedereinführung der Pauschalvergütung erreicht
- 14 werden. Neben der Rückkehr zur Pauschalvergütung wollen wir vermehrt auf Open Access
- 15 setzen. Wissen, das an staatlichen Institutionen wie den Hochschulen entsteht, muss kos-
- 16 tenfrei zu Bildungszwecken genutzt werden können.

Bo5: Ausbau der Ganztagschule fördern

- 17 Die SPD-Landtagsfraktion soll zum qualitativen Ausbau der Ganztagschulen sowie zur Ein-
- 18 richtung neuer Ganztagschulen weitere finanzielle Mittel beantragen und auch selbst zur
- 19 Verfügung stellen, welche hauptsächlich zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen genutzt
- 20 werden. Ziel der Erhöhung ist es, dass alle Ganztagsangebote komplett kostenlos sind.

Weiterleitung: Landtagsfraktion

Bo6: Klassengrößen an Gesamtschulen

1 Wir fordern dass die Klassengrößen an allen weiterführenden Schulen langfristig auf maxi-
2 mal 24 Schülerinnen und Schüler gesenkt werden. Hierfür ist der Ausbau der Leh-
3 rer*innenstellen und eine Erhöhung der verfügbaren Lehrer*innen notwendig. Dies ist
4 nicht sofort umsetzbar, da selbst bei Einhaltung der Regelstudienzeit mindestens sechs
5 Jahre vergehen, bis die angestrebte, erhöhte Studienanfänger*innenquote Wirkung zeigt.
6 Bis zu diesem Zeitpunkt gilt es dennoch alle Anstrengungen zu unternehmen, die Klassen-
7 größen möglichst klein zu halten für eine bessere Lernumgebung in den Schulen.“ Falls dies
8 ressourcentechnisch nicht möglich sein sollte, muss das Land Niedersachsen darauf hinwir-
9 ken, die benötigten Ressourcen bereitzustellen. Damit dies nicht gleichzeitig zu einer stärkeren
10 „Auslese“ von Schüler*innen führt sehen wir es zudem als notwendig an die integrierten
11 Gesamtschulen weiter auszubauen und mehr Klassen einzurichten.“

Weiterleitung: Landtagsfraktion, Kultusministerium

Bo7: Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsi- schen Schulen

12 Wir fordern ein kostenloses Nachhilfeangebot an allen niedersächsischen Schulen.
13 Dies soll als Angebot unabhängig von der jeweiligen Schulform an allen Schulen im Rahmen
14 des Ganztagsangebot existieren. Die Nachhilfe wird von den Lehrkräften sowie pädagogi-
15 schen Fachkräften gestaltet. Die zusätzlichen Kosten übernimmt das Land.
16 Langfristig wollen wir den Schritt zur Gemeinschaftsschule machen, in der alle Schü-
17 ler*innen unter professioneller Aufsicht gemeinsam ihr Hausaufgaben machen und es kei-
18 ne optionalen Nachhilfeangebote gibt, sondern wo alle Schüler*innen gemeinsam lernen,
19 auch außerhalb der Unterrichtsstunden.“

Weiterleitung: Landtagsfraktion, Kultusministerium

Bo8: Die Problematik von Lobbyismus an Schulen

1 Um den Einfluss von, mit einem kommerziellen Endziel ausgerichteten, Verbänden, namentlich von Unternehmen, auf Schüler*innen zu reduzieren, insbesondere durch von Unternehmen selektierte Unterrichtsmaterialien, müssen Lehrer*innen mit der Problematik vertraut gemacht werden. Dies kann entweder im Rahmen von Fortbildungen geschehen oder direkt in das Studium implementiert werden. Als Unterstützung sollen schulinterne und –externe Ansprechpartner*innen installiert werden, die den Lehrkräften unterstützend beistehen.

Bog: Abschaffung der Exzellenzinitiativen

8 Das System der Exzellenzinitiative, die nun unter dem Namen Exzellenzstrategie fortgeführt werden soll, muss abgeschafft werden. Stattdessen muss eine gerechtere Finanzierung aller Hochschulen und eine Anhebung der finanziellen Mittel gewährleistet werden, die verstärkt in eine bessere Lehre und eine infrastrukturelle Verbesserung der Hochschulen fließen sollen.

Bio: Israelbezogenen Antisemitismus an Schulen bekämpfen

13 Wir fordern das in niedersächsischen Schulen im Geschichts- und Politikunterricht auf die besondere Rolle des Staates Israel für Deutschland und in diesem Zuge auch auf den Nah-Ost Konflikt eingegangen wird, um den Schülern zu vermitteln, dass die Debatte rund um den Nahostkonflikt häufig von antisemitischen Denkstrukturen durchzogen ist. Sowie Fehlinformationen aufzuklären, deren Ziel es ist Israel zu dämonisieren oder zu delegitimieren. Wir lehnen jegliche Darstellungen ab, die darauf abzielen, Israel als den Aggressor im Nahostkonflikt zu zeichnen und bekämpfen diese.

20 So lässt sich auch israelbezogener Antisemitismus verhindern. Da aber bei dieser Thematik immer die Gefahr besteht, dass auch Lehrkräfte antisemitische Inhalte verbreiten könnten und ein einseitiges Bild vermitteln ist zumindest eine Stichprobenkontrolle nötig. Wie wichtig dies ist zeigen unter anderem Vorfälle an der Hochschule Hildesheim an der in einem Seminar über Jahre hinweg antisemitische Materialien und Texte behandelt wurden und somit ein verzogenes Bild auf die Umstände vermittelt wurde. Da die Überprüfung der einzelnen Unterrichtsstunden jedoch schwierig ist, muss zumindest gewährleistet werden, dass entsprechendes Material einen wissenschaftlich korrekten Ansatz beinhaltet. Dafür müssen diese einer Kontrolle unterliegen.

BII: Antrag zur Statistik der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

1 Die Jusos Niedersachsen fordern die Landesregierung Niedersachsen dazu auf, die Vertre-
2 tungsstunden, die ohne für das jeweilige Fach vorhandene Lehrpersonal stattfindet oder
3 ganz ohne Lehrpersonal, dass den Unterricht leitet und den Lehrplan weiter verfolgt, aus
4 der Statistik mit erfüllten Stunden auszunehmen und den tatsächlich in dem Fach gegebene
5 nen Unterricht, der für die Weiterbildung der Schüler in dem Gebiet verantwortlich ist zu
6 ermitteln. Nur so ist zu gewährleisten, dass der tatsächliche Abgleich zwischen Prüfungser-
7 gebnissen und dem vorhandenen Unterricht stattfindet und auf Missstände in der Unter-
8 richtsversorgung hingewiesen und entsprechend reagiert werden kann. In Folge dessen,
9 soll eine Statistik zur genauen Anzahl der Unterrichtsvertretungen angefertigt werden, um
10 der Politik die Chance zu geben, zu sehen wie es mit der Versorgung der Schüler in Wahr-
11 heit aussieht und Maßnahmen entwickelt werden können, entsprechend darauf zu reagie-
12 ren.

ANTRAGSBEREICH: **D - Demokratie**

Do1: Das Wort Handicap aus dem Wortschatz streichen

- 1 Die Jusos mögen beschließen, dass sowohl in Anträgen oder anderen Schriften als auch in
- 2 Wortbeiträgen das Wort Handicap vermieden wird und stattdessen andere, passendere
- 3 Wörter wie zum Beispiel Beeinträchtigung oder Behinderung genutzt werden.

Do2: Stopp nicht meinen Stream

- 4 Wir fordern die Landesregierung auf darauf hinzuarbeiten den Rundfunkstaatsvertrag ab-
- 5 zuändern. In Zukunft sollen Streamer als eigene Lizenzgruppe aufgenommen werden und
- 6 nicht weiterhin als Rundfunk.

- 7 Zur Zeit können Streamer dazu gezwungen werden Rundfunklizenzen zu erwerben,
- 8 dadurch wird das Angebot der Streamer unnötig gefährdet.

- 9 Sobald die folgende Punkte auf einen Stream zutreffen kann er genötigt werden eine Rund-
- 10 funklizenz zu erwerben.
 - 11 • es handelt sich um audio-visuelle Bewegtbildangebote, die sich an die Allgemeinheit
 - 12 richten
 - 13 • die Verbreitung erfolgt linear, also live und kann durch die Zuschauer weder zeitlich
 - 14 noch inhaltlich beeinflusst werden
 - 15 • es gibt eine Art Sendeplan, also vorangekündigte Zeiten für die Live-Streams
 - 16 • das Angebot ist journalistisch-redaktionell gestaltet
 - 17 • es können potenziell mehr als 500 Zuschauer gleichzeitig erreicht werden
- 18 Unter diese Punkte fallen bspw. Vorangekündigte Facebook-Live Streams von Stephan Weil.
- 19 Daher soll es künftig möglich sein Streams so zu regulieren, dass deren Streamingangebot
- 20 nicht durch die unverhältnismäßig hohe Zahlung für eine Lizenz gefährdet ist. Vorstellbar
- 21 sind angemessene Lizenzzahlungen für kommerzielle Streams und die Befreiung von Zah-
- 22 lungen für nicht-kommerzielle Streams.

Weiterleitung: Landesparteirat

Do3: Wahlrecht für Menschen in Betreuung „in allen Angelegenheiten“

- 23 Die Jusos Niedersachsen fordern:
- 24 Die Abschaffung des §3 II des Niedersächsischen Landeswahlgesetz(NLWG).

Weiterleitung: Landesparteitag

Do4: Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!

1 Menschen mit Behinderung sind in Deutschland teilweise vom Wahlrecht ausgeschlossen.
2 Nach § 13 Bundeswahlgesetz dürfen Menschen, denen zur Besorgung aller Angelegenhei-
3 ten dauerhaft eine Betreuerin oder ein Betreuer bestellt wurde, nicht an der Bundestags-
4 wahl teilnehmen. Eine Betreuung erfolgt nach § 1896, wenn eine Person infolge einer psy-
5 chischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre
6 Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen kann. Das Wahlrecht von Personen mit
7 Betreuer wird durch § 3 Nr. 2 Niedersächsisches Landeswahlgesetz und § 48 Abs. 2 Nr. 1
8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz ausgeschlossen. Gleiches gilt für das Wahl-
9 recht zur Europawahl und das, obwohl auf europäischer Ebene viel über die Rechte von
10 Menschen Behinderungen entschieden wird.

11 Eine Abschaffung dieser Wahlrechtsbeschränkung ist überfällig. Seit 2009 ist die UN-
12 Behindertenrechtskonvention für Deutschland rechtsverbindlich und hat als Völkerrecht
13 den Rang eines Bundesgesetzes. Die Konvention sieht in Art. 29 auch politische Teilhabe
14 vor. 2017 verabschiedete auch der Europarat eine Resolution. Eine Handlungsempfehlung
15 an die Mitgliedsstaaten war die Abschaffung von Diskriminierungen auf Grund von Betreu-
16 ung. Dem ist zu folgen, wie es in einigen Bundesländern bereits getan wurde.

17 Die Notwendigkeit der Betreuung wird zwar von den Gerichten intensiv geprüft, die Frage
18 der Fähigkeit zur politischen Willensbildung ist jedoch nicht Bestandteil der Prüfung. Der
19 Wahlrechtsausschluss basiert also auf der Pauschalisierung, dass Menschen mit Betreuer
20 zu einer Wahlentscheidung nicht in der Lage seien. Dies muss nicht zwingend der Fall sein
21 und ist eine diskriminierende Annahme.

22 Einen Teil der Gesellschaft ohne sachlichen Grund vom Wahlrecht auszuschließen ist nicht
23 demokratisch und verhindert, dass die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe gehört wer-
24 den. Gerade kleinere und auch in anderen Bereichen von Diskriminierungen betroffene
25 Teile der Bevölkerung sollten politisch teilhaben und somit ihre Rechte durchsetzen kön-
26 nen. In Niedersachsen sind 10.000 und in Gesamtdeutschland 81.000 Menschen betroffen.

27 Wir wollen mehr Teilhabe wagen und unterstützen deshalb ausdrücklich den momentan im
28 Niedersächsischen Landtag diskutierten Gesetzesvorschlag zur Abschaffung von § 3 Nr. 2
29 Niedersächsisches Landeswahlgesetz und § 48 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunal-
30 verfassungsgesetz.

31 Wir fordern, dass eine solche Gesetzesinitiative auch bald auf Bundesebene erfolgt, vor al-
32 lem auch im Hinblick auf die Europawahl 2019. Es sollte nicht über Menschen mit Behinde-
33 rung, sondern mit ihnen entschieden werden.

34 Weiterleitung: Landesparteitag

ANTRAGSBEREICH: **F**-Feminismus

Foi: Resolution: Dem Patriarchat nicht beugen!

1 Frauen* in Parteien, in Parlamenten und erst recht in Vorständen eben jener sind zumeist
2 in der Unterzahl oftmals sogar deutlich. Männer werden häufiger als Kandidaten von Di-
3 rektmandaten nominiert als Frauen* - das kann bis zurück zur Parlamentstradition der
4 Weimarer Republik verfolgt werden. Die Folge dessen im neu gewählten niedersächsischen
5 Landtag ist, dass die Frauenquote innerhalb der SPD-Fraktion (die z.Zt. nur aus den direkt
6 gewählten Abgeordneten besteht) bei 34.5% liegt – und damit deutlich unter der innerhalb
7 der SPD festgelegten Geschlechterquote von 40%. Im gesamten Landtag liegt die Frauen-
8 quote sogar nur noch bei 19%. Dies zeigt deutlich: das herrschende Patriarchat in der Poli-
9 tik – aber auch innerhalb unserer Partei ist noch lange nicht durchbrochen! Auch wenn es
10 immerhin innerhalb der Fraktion Frauen* gibt, die sich durchsetzen konnte – mit Hanne
11 Modder als Fraktionsvorsitzende und Gabriele Andretta als Landtagspräsidentin hat die
12 SPD-Fraktion starke Frauen* besetzt, aber das reicht noch lange nicht aus.

13 Aber auch auf Bundesebene schaut frau* gerade mit Fassungslosigkeit. Da verzichten (?)
14 gleich zwei Frauen* auf ihre Kandidatur für die Bundestagsvizepräsident*innen. Zeigt dies
15 zwar die wahre Größe dieser beiden Politikerinnen*, so zeigt dies es doch eindrucksvoll wie
16 innerhalb unserer Partei die Postenvergabe abläuft. Auch innerhalb der Bundesparteispitze
17 ist außer mit Andrea Nahles keine einzige Frau* vertreten.

18 Aber schauen wir doch einmal, was ohne die Frauen* in Parlamenten niemals erreicht wor-
19 den wäre. Das wäre zum Beispiel die für uns heute so selbstverständliche freie Berufsaus-
20 übung für Frauen*. Oder aber die Streichung der „Hausfrauenehe“ aus den Gesetzbü-
21 chern. Im Übrigen – das passierte erst in den 1970ern der sozial-liberalen Koalition unter
22 Helmut Schmidt. Bis 1987 ein einstelliger Prozentsatz an Frauen* im Bundestag, stieg der
23 Frauen*anteil erst nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren. Aber auch nur, weil
24 einige Parteien zuvor eine Quotierung festlegten. Die SPD darunter. (Hell yeah!) 1998 über-
25 schritt der Anteil dann das erst Mal die 30%-Grenze.

26 Die Frauen* im Bundestag schlossen sich immer wieder für „weibliche*“ Themen zusam-
27 men. So auch als ein Bundestagsvizepräsident der CSU 1970 erklärte keine Frau* in Hosen-
28 anzug im Bundestag sprechen zu lassen. Die FDP-Politikerin Lieselotte Funke wollte sich
29 diesen Ausspruch nicht gefallen lassen, suchte Verbündete unter den 34 Abgeordneten*
30 und fand sie. So trat am 14. Oktober 1970 Lenelotte von Bothmer von der SPD als erste
31 Frau* im Hosenanzug ans Mikrofon des Bundestages. Welch ein Eklat!

32 Im Mai 1983 wurde dann die Abschaffung des Paragraphen 218 debattiert. In ihm wurde
33 die Abtreibung unter Strafe gestellt. Als die Abgeordnete Waltraud Schoppe über Verhütung
34 und Sexismus spricht bricht lautes Gelächter aus. Erst 25 Jahre später – im Mai 1997 er-
35 reichten Ulla Schmidt und Irmgard Schewe-Gerigk (Grüne) einen Beschluss darüber, dass
36 Vergewaltigung in der Ehe verfolgt werden soll. Leute, dass ist 20 Jahre erst her!

1 Auch für die Verschärfung des Sexualstrafrecht fochten die Frauen* jahrelang. 2016 wurde
2 sie endlich Realität. Großen Anteil daran hatten wiederum die Frauen* im Bundestag. [1]
3 Schauen wir nun auf den neu konstituierten Bundestag, stellen wir ebenso schnell wie bei
4 der Betrachtung des Niedersächsischen Landtages fest, dass der Frauen*anteil insgesamt
5 gesunken ist. Er liegt gerade einmal bei 31%. [4: empfohlenes Video dazu] Zwar erreichte
6 hier die SPD mit 41% knapp die festgeschriebene Quote, andere Fraktionen wie FDP, AfD
7 und CDU/CSU liegen deutlich, teils bei der Hälfte des Anteils der SPD.

8 Wir wollen uns dem Patriarchat nicht beugen! Ohne die Frauen* im Parlament wären wich-
9 tige Themen wie Bestrafung der Vergewaltigung in der Ehe, ein strikteres Sexualstrafrecht
10 oder – man(n) mag jetzt lachen – ein eigenes Konto für die Ehefrau* womöglich bis heute
11 nicht durchgesetzt. Wir Jusos verstehen uns unter anderen als feministischer Richtungsver-
12 band. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Direktkandidaturen auch mit Frauen* besetzt
13 werden. Und das nicht nur nicht aussichtslosen Wahlkreisen, sondern auch in jenen, die
14 direkt gewonnen werden können!

15 **Wir fordern:**

- 16 • Einhaltung der konsequenten Frauen*quote in Vorständen
- 17 • Berücksichtigung von Frauen* beim Aufstellen von Direktkandidaturen. Nicht, wer
18 am
- 19 • lautesten „Hier!“ schreit soll aufgestellt werden, sondern wer was auf'm Kasten hat!
- 20 • Eine stärkere Frauen*vernetzung auf allen Ebenen schaffen – an den Männern vor-
21 bei.
- 22 • Wir brauchen starke Frauen* in der Politik!
- 23 • Eine stärkere Vernetzung der Jusos mit der AsF!
- 24 • Sexismus in der Partei und außerhalb entschieden bekämpfen! Docupy veröffentli-
25 che
- 26 • in den letzten Wochen zwei Befragungen von Abgeordneten. Im Ersteren [2]
- 27 • beschreiben weibliche* Bundestagsabgeordnete ihre Erfahrungen mit Sexismus. Im
28 • Zweiteren [3] Männer wie sie damit umgegangen sind, wenn sie so etwas schon
29 einmal
- 30 • Er lebt haben. Die Diskrepanz ist enorm – gerade wir Jusos müssen dafür Sorge tra-
31 gen,
- 32 • dass so etwas in der Gesellschaft, aber auch in unserer Partei nicht mehr vorkommt.
- 33 • Das zweite Video zeigt: das Patriarchat muss endlich gestürzt werden.

34 **Quellen:**

35 [1] <http://www.fr.de/politik/bundestag-wie-frauen-die-debatten-praegten-a-1385209>

36 [2] <https://www.youtube.com/watch?v=Z5rYglYW2jE>

37 [3] <https://www.youtube.com/watch?v=4cA94bm5ajY>

38 [4] https://www.youtube.com/watch?v=_JlIaaX2Dno

F02: Revolution statt Reformation!

- 1 Wir fordern die SPD Landtagsfraktion dazu auf, den 8. März als neuen Feiertag in Nieder-
- 2 sachsen beschließen zu lassen.

Weiterleitung: Landesparteitag

F03: Quote fürs Parlament

- 3 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen* besetzt sein, um als demokra-
- 4 tisch legitimes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur
- 5 so kann eine Repräsentation der Wähler*innen erreicht werden.

- 6 Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass eine entsprechende Zu-
- 7 sammensetzung der Parlamente gewährleistet wird. Dazu fordern wir als ersten wichtigen
- 8 Schritt für die Bundestags- und Landtagswahlen:

- 9 1. Direktmandate werden wie bisher durch die Parteien aufgestellt und in direkter
- 10 Wahl durch die Bürger*innen gewählt.
- 11 2. Sollten die von einer Partei errungenen Direktmandate mehrheitlich männlich be-
- 12 setzt sein, ziehen über die übrigen Listenplätze ausschließlich Frauen* in das Parla-
- 13 ment ein, bis eine paritätische Besetzung von 50% erreicht ist.
- 14 3. Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Direktmandate erzielt wurden oder für
- 15 die weiteren Plätze nachdem eine Besetzung mit 50% Frauen* erreicht wurde, zie-
- 16 hen die Kandidat*innen der Liste im Reißverschlussverfahren ein.
- 17 4. Sofern keine weiteren Frauen* mehr auf der Liste stehen um die errungenen Plätze
- 18 in diesem Verfahren zu besetzen, verfallen die übrigen Mandate einer Partei.

- 19 Wünschenswert bleibt daneben eine stärkere Besetzung mit Frauen* bei der Nachbeset-
- 20 zung von Wahlkreisen. Für Kommunalwahlen sind durch die Länder entsprechende Rege-
- 21 lungen, die eine Parität sicherstellen, zu verabschieden. Ebenso gilt dies für die Wahlen zum
- 22 europäischen Parlament.

Weiterleitung: Landesparteitag

Fo4: Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!

- 1 Wir fordern die Einrichtung von Awareness-Teams, bestehend aus 2 Menschen von denen
- 2 mindestens einer eine Frau* ist, in allen SPD-Unterbezirken. Die Wahlen finden hierzu im
- 3 regelmäßigen Turnus statt. Es soll auch die Möglichkeit bestehen, zwei Frauen* als Awareness-
- 4 ess-Beauftragte zu wählen.

- 5 Die Mitglieder des Teams dürfen dabei aber keine Mitarbeiter*innen der jeweiligen Ebene
- 6 oder höhere Mandatsträger*innen sein. Um die Position des Awareness-Teams zu auszu-
- 7 drücken und zu behaupten sollen die Positionen der Awareness-Beauftragten als offizielle
- 8 Vorstandspositionen in der Bezirkssatzung verankert werden.

- 9 Die Aufgabe des Awareness-Teams soll darin bestehen, eine parteiinterne Anlaufstelle für
- 10 Sexismus und Diskriminierung jeder Art zu sein. Sie haben die Aufgabe Genoss*innen bei
- 11 persönlichen Grenzverletzungen zu unterstützen und für das Thema zu sensibilisieren. Und
- 12 dies auch auf vertraulicher Basis. Daher ist es wichtig ein möglich diverses Team aufzustel-
- 13 len.

- 14 Wir fordern außerdem, dass es auf Bezirks- und Landesebene regelmäßige Schulungen und
- 15 Vernetzungstreffen der Awareness-Teams der SPD-Unterbezirke gibt. Diese sollen die Awa-
- 16 reness-Beauftragten nicht nur für ihre Aufgabe aus- und weiterbilden, sondern ihnen auch
- 17 das Werkzeug in die Hand geben, Awareness-Schulungsveranstaltungen im eigenen Unter-
- 18 bezirk (z.B. für Funktionsträger*innen) durchzuführen. Zudem sollen die Vernetzungstreffen
- 19 den Awareness-Beauftragten die Möglichkeit geben, in einem vertraulichen die eigenen Auf-
- 20 gaben zu thematisieren und Erfahrungen auszutauschen. Grundsätzlich sollen diese Veran-
- 21 staltungen auch für die gewählten und oder benannten Awareness-Beauftragten anderer
- 22 Gliederungen offen sein.

Weiterleitung: Landesparteitag

ANTRAGSBEREICH: **FI- Finanzen**

Flo1: Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“

- 1 Die Jusos fordern hiermit,
- 2 a) eine Umverteilung der Haushaltsmittel zugunsten einer zukunftsorientierten und
3 generationengerechten Investitionsoffensive.
- 4 b) die SPD möge sich zu einer aktiven nachfrageorientierten Haushalts- und Finanzpoli-
5 tik bekennen und klar das Ziel der Stärkung des deutschen Binnenmarkts verfolgen.
6 Die SPD möge sich für die Erhöhung der Einnahmen im Staatshaushalt einsetzen,
7 zum Beispiel durch eine reformierte Kapitalertragssteuer und die Einführung einer
8 Vermögenssteuer.
- 9 c) die SPD soll dazu für eine Wirtschaftspolitik eintreten, die einen Abbau deutscher
10 Handelsbilanzüberschüsse zur Folge hat und sich einsetzen für eine dauerhafte Ein-
11 haltung des, im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirt-
12 schaft verankerten, Ziels eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.
- 13 d) die SPD soll ermöglichen, dass durch Investitionen des Staates auch antizyklische
14 Wirtschaftspolitik betrieben werden kann.
- 15 e) bis zur Einführung geänderter gesetzlicher Grundlagen soll sich die SPD dafür ein-
16 setzen, die auch im Zuge der „Schuldenbremse“ verbliebenen Kreditaufnahmemög-
17 lichkeiten des Bundes voll auszuschöpfen, um den riesigen infrastrukturellen Mo-
18 dernisierungsstau abzubauen.

Flo2: Innenstädte erhalten – Steuerpolitik gestalten

- 19 Die Jusos Niedersachsen fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, mögliche Besteue-
20 rungsmodelle auf unvermietete Gewerbeobjekte zu erarbeiten und den Kommunen in An-
21 legung an den Grundsteuerhebesatz Ermessensspielräume einzuräumen.

ANTRAGSBEREICH: **G- Gesundheit**

Gor: Entbindungspfleger*innen strukturell unterstützen

1 In Zeiten des demographischen Wandels ist der Pflegebereich einer der entschiedensten
2 Bereiche. Hier wird der Bedarf in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immens steigen
3 und wird – im Gegensatz zu anderen Bereichen des Arbeitsmarktes – nicht durch technolo-
4 gischen Fortschritt aufgefangen werden, sondern hier wird es auch weiterhin auf den Faktor
5 Mensch ankommen. Wenn unser Anspruch als Sozialdemokratie lautet, dass wir gewährleis-
6 ten wollen, dass die Menschen in unserer Gesellschaft gesund und in Würde bis in ein sehr
7 hohes Alter leben sollen können, dann muss ein zentraler Bestandteil unserer Politik sein,
8 dass wir diesen Pflegebereich zukunftsfest machen und wir mit aller Kraft die bestehenden
9 großen Defiziten in diesem Bereich beseitigen.

10 Ein Aspekt des Pflegesektors, dem oft nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist der der
11 Entbindungspfleger*innen. Dabei ist gerade dieser Aspekt für werdende Eltern und vor al-
12 lem für werdende Mütter ein ganz wichtiger. Zu einer attraktiven Familienpolitik des 21.
13 Jahrhunderts, die auch junge Menschen zur Gründung von Familien ermutigen soll, gehört
14 eine flächendeckende und ausreichende Versorgung mit entsprechendem Fachpersonal.
15 Leider ist dies in Niedersachsen keineswegs die Realität. Dass wir gerade in so einem Feld
16 nicht ausreichend Fachpersonal beschäftigen und auch nicht angemessen bezahlen, wider-
17 spricht dem, was wir uns als Sozialdemokratie auf die Fahne schreiben: Nämlich eine mo-
18 derne Familienpolitik, die Kinder von Geburt an fördert und Eltern so gut unterstützt, wie es
19 geht. Es liegt also auf der Hand: Wir müssen handeln!

20 Die niedersächsische SPD und damit auch ihre Minister*innen im Landeskabinett mögen
21 sich dafür einsetzen, dass die Situation der niedersächsischen Entbindungspfleger*innen
22 deutlich verbessert wird. Hierfür müssen vor allem:

- 23 • das Entgelt erhöht werden sowie
- 24 • die Haftpflichtversicherungsbeiträge von freiberuflich tätigen Entbindungspfle-
25 ger*innen angepasst werden.

26 Des Weiteren sollen mehr Möglichkeiten zur Ergreifung des Berufs geschaffen werden, bei-
27 spielsweise durch zusätzliche Ausbildungsplätze oder auch durch eine Akademisierung der
28 Ausbildung.

Weiterleitung: Landesparteitag

Go2: Lebensmittelampel für wirklichen Verbraucherschutz

1 Auf deutschen Lebensmittelverpackungen ist mittlerweile eine stattliche Ansammlung aller
2 möglichen Zertifikate und Aussagen zu finden. Gerade Bio-Siegel oder andere Kennzeich-
3 nungen, welche auf nicht vorhandene in Verruf geratene Inhaltsstoffe hinweisen, erfreuen
4 sich großer Beliebtheit und lassen ein Produkt gleich viel gesünder erscheinen. Diese ge-
5 sündere Ausrichtung sollte unterstützt werden durch ein einfaches, objektives und allge-
6 mein verständliches System: Eine farblich gestaltete Lebensmittelampel wie sie von Ver-
7braucherschützern schon lange gefordert wird und z.B. von der Verbraucherzentrale Ham-
8burg schon fertig vorliegt.

9 Deswegen fordern wir die Einführung einer solchen farblich gestaffelten und übersichtli-
10chen Lebensmittelampel. Um Objektivität und Vergleichbarkeit überhaupt gewährleisten zu
11können ist erforderlich, die Nährwertangaben auf 100 Gramm eines Produktes zu beziehen
12und nicht auf eine vom Unternehmen festgelegte Portion des ausgewählten Produktes.

13 Die farbliche Kennzeichnung durch die Farben Rot, Gelb und Grün ist selbst für Kinder
14schon verständlich und ohne weiteres sofort ersichtlich und allgemein weit verbreitet. Die
15Ampel ist ein guter Weg Transparenz auf dem Nahrungsmittelmarkt zu schaffen und die
16Vergleichbarkeit zwischen Produkten zu erhöhen. Das kann nur gelingen, wenn diese sich
17auch verbindlich auf 100 Gramm des Produktes bezieht.

Weiterleitung: Landesparteitag

Go3: Organspende stärken – Widerspruchslösung jetzt!

18 Wir fordern, dass endlich die Widerspruchslösung bei Organspenden eingeführt wird. Dies
19 bedeutet, dass jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahrs zu einer organspenden-
20den Person wird, insofern diesem nicht komplett oder in Teilen widersprochen wird. Alle
21 Personen sollen darüber vor ihrem 18. Geburtstag postalisch mit einem ausführlichen In-
22formationsschreiben hingewiesen werden. Das Schreiben soll ermöglichen, dass man auf
23 einfache Art und Weise widersprechen kann. So müsste das Gesetz über die Spende, Ent-
24nahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) in §3
25 (Entnahme mit Einwilligung des Spenders) geändert werden. §4 TPG entfällt und §7 Absatz 1
26 und Absatz 2 TPG werden angepasst. Bei Widerspruch soll dies als Vermerk bei der Kran-
27kenkasse gespeichert werden.

28 Außerdem soll es ein breit aufgelegtes Informationsprogramm geben, dass über die Chan-
29cen, aber auch die Risiken einer Organspende informiert. Dieses soll vom Bundesministeri-
30um für Gesundheit angeleitet werden und unter anderem auch an Schulen stattfinden. Ziel
31 soll es sein, die Bevölkerung besser über das Thema der Organspende zu informieren.

Go4: „Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen

1 Laut dem Aktionsbündnis Seelische Gesundheit und internationalen Studien zeigen ca. 20%
2 aller Heranwachsenden psychische Auffälligkeiten. Etwa 5% der Jugendlichen in Deutsch-
3 land erkranken an einer gravierenden psychischen Störung. Psychische Krankheiten sind
4 dementsprechend keine Seltenheit bei jungen Menschen. Dennoch ist der momentane
5 Umgang mit ihnen erschreckend. Ein solcher hat meist aber schwerwiegende Folgen. Des-
6 halb müssen wir etwas ändern.

7 Ein Umdenken muss zuerst in den Schulen ansetzen, denn diese und insbesondere die
8 Lehrer*innen sind kaum bis gar nicht auf diese Problemstellung eingestellt und oftmals
9 überfordert. Daran muss sich etwas grundlegend ändern, denn auch das ist ein Teil von
10 Inklusion und ein Zeichen für eine offene und tolerante Gesellschaft.

11 Deshalb fordern wir:

- 12 • Psychische Krankheiten sollen schon in der Lehrer*innenausbildung Bestandteil des
13 Curriculums sein. Junge Lehrkräfte sollen schon mit einem Grundwissen über die
14 verschiedenen, oft vorkommenden psychischen Krankheiten an die Schule kommen,
15 um so ein Grundverständnis für Erkrankte zu haben und besser entwickeln zu kön-
16 nen.
- 17 • Es muss regelmäßige Fortbildungen für alle Lehrkräfte zu psychischen Krankheiten
18 geben, damit diese auf den aktuellen Stand der Forschung gebracht werden.
- 19 • Schulen müssen verpflichtend ein Konzept zum Umgang mit psychischen Erkran-
20 kungen erstellen, um so eine angemessene Unterstützung von erkrankten Schü-
21 ler*innen zu gewährleisten. Zur Orientierung soll ein interdisziplinäres Experten-
22 gremium mit Vertreter*innen aus Pädagogik, Medizin und Bildungsministerium eine
23 Leitlinie mit wichtigen Eckpunkten für ein angemessenes Verhalten erstellen
- 24 • Außerdem soll es mehr Schulpsycholog*innen geben. Der Betreuungsschlüssel
25 muss drastisch steigen. Die Expert*innen sollen eng mit den Lehrkräften zusam-
26 menarbeiten, aber auch mit den Schüler*innen. So soll es die Möglichkeit geben,
27 auch in einzelne Klassen zu gehen, um dort die Klassengemeinschaft zu sensibilisie-
28 ren. Auch so soll Mobbing von Kindern mit psychischen Erkrankungen vorgegriffen
29 werden.
- 30 • Ein individuelleres Lernen muss ermöglicht werden. So sollte es mehr Härtefallrege-
31 lungen geben, damit die Jugendlichen nicht noch mehr unter Druck gesetzt werden.
32 Lehrer*innen sollten ein größeres Verständnis dafür entwickeln, dass Jugendliche
33 mit psychischen Krankheiten nicht genauso lernen können, wie andere. Deshalb
34 müssen neue Methoden und Unterstützungsmechanismen entwickelt werden, die
35 individuell angepasst werden.

36 Aber nicht nur in der Schule brauchen wir ein Umdenken. Auch die Eltern müssen mehr
37 und besser unterstützt werden, wir dürfen sie nicht allein lassen. Deshalb fordern wir:

- 38 • Familiencoachings für Familien von psychisch erkrankten Jugendlichen als Kranken-
39 kassenleistung aufzunehmen. Ein wichtiger Schritt, um der ganzen Familie zu helfen.

- 1 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern. So muss es einen
2 engeren Kontakt geben, um dem Kind besser gerecht zu werden.
- 3 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulpsycholog*innen und Eltern muss er-
4 reicht werden. Individuelle Lösungen für das Kind sollen so leichter gefunden und
5 entwickelt werden.
- 6 • Dabei kommt es bei der Kontaktierung der Eltern jedoch immer auch auf den Einzel-
7 fall an. Erscheint es beispielsweise für möglich, dass dem Kind durch die Kontaktie-
8 rung der Eltern geschadet werden kann soll dies zunächst nicht stattfinden. Eine
9 spätere Kontaktierung und Zusammenarbeit kann später jedoch nachgeholt werden
10 wenn der Einzelfall es erlaubt.
- 11 All diese Punkte zeigen: wir brauchen ein Umdenken. Wir müssen sensibler mit solchen
12 Erkrankungen umgehen und mehr Awareness schaffen, vor allem bei jungen Menschen.
13 Denn ein falscher Umgang ist prägend für den Rest des Lebens.

Go5: Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen

- 1 Wir fordern, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne medizinische Indikation voll von gesetz-
- 2 lichen und privaten Krankenkassen bezahlt werden, wie es bereits bei Schwangerschaftsabbrü-
- 3 chen mit medizinischer oder kriminologischer Indikation der Fall ist. Sobald es eine Bürger*
- 4 innenversicherung gibt, soll dieses ebenfalls von dieser bezahlt werden.

Go6: Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung

- 5 Die der Altersgrenze ab dem 30. Lebensjahr für die studentische Krankenversicherung/Pflegeversicherung
- 6 muss abgeschafft werden. Des Weiteren fordern wir, dass auch Promotionsstudierende im versicherungs-
- 7 rechtlichen Sinne als Studierende gelten sollen und über die studentische Krankenversicherung versichert
- 8 sein sollen. Insbesondere sollen Promotionsstudierende mit Stipendium nicht mehr dazu verpflichtet
- 9 sein, sich freiwillig zu versichern und damit 18% ihres Stipendiums für die Krankenversicherung aufzu-
- 10 wenden sondern über die studentische Krankenversicherung versichert sein.
- 11

Go7: Übernahme eines Arbeitgeberanteils an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung von „freiwillig“ gesetzlich versicherten niedersächsischen Landesbeamten*innen

- 12 Das Land Niedersachsen muss eine gesetzliche Regelung (im niedersächsischen Beihilfe-
- 13 recht) schaffen, nach der es als Dienstherr der niedersächsischen Landesbeamten*innen einen
- 14 Arbeitgeberanteil von 50 % der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bei von der privaten
- 15 Versicherung abgelehnten und somit „freiwillig“ gesetzlich versicherten Beamten*innen über-
- 16 nimmt, da der theoretisch bestehende Beihilfeanspruch von diesen nicht genutzt werden kann.
- 17 Dies bedeutet eine inakzeptable Ungleichbehandlung von privaten und gesetzlich versicherten
- 18 Beamten*innen, sowie eine erheblich höhere finanzielle Belastung. Diese Regelung soll als Übergang
- 19 dienen, bis alle Bürger*innen durch die Bürger*innenversicherung versichert sind.
- 20

Weiterleitung: Landesparteitag

ANTRAGSBEREICH: **I- Inneres**

Ior: Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen

1 Die Jusos Niedersachsen fordern konkrete Förder- und Forderungsmaßnahmen der Politik
2 auf allen Ebenen für mehr Aufklärungsarbeit nationalsozialistischer Verbrechen in Privatun-
3 ternehmen. Von der Kommune bis zur Bundesregierung muss es Maßnahmen geben, die
4 anregen, dass es sowohl bei Klein- als auch Großunternehmen eine umfassende Aufarbei-
5 tung ihrer jeweiligen Involvierung in nationalsozialistische Verbrechen und Vergangenheiten
6 gibt.

7 Die umfassende Aufarbeitung, die in öffentlichen Institutionen durchgeführt wird, ist wichtig
8 und richtig, doch bildet sie nur die Hälfte einer Erinnerung an nationalsozialistische Verbre-
9 chen. Zwangsarbeiter*innen in Fabriken, Opfer medizinischer Experimente und auch
10 Zwangsarbeiter*innen in einer Bäckerei – und seien es nur zwei Menschen gewesen – müs-
11 sen mit dem gebührenden Respekt einer Aufarbeitung bedacht werden. Die Vorstellung,
12 nationalsozialistische Verbrechen wären im Alltag nicht präsent gewesen, es würde unbe-
13 scholtene Soldaten geben oder Großunternehmen, die unbeteiligt gewesen seien, muss für
14 eine von den Jusos forcierte Erinnerung radikal dekonstruiert werden. Als spätestens ab
15 1943 vom totalen Krieg und damit der Inanspruchnahme aller gesellschaftlichen Ressour-
16 cen für den Krieg die Rede war und der Faschismus und die Gleichschaltung bereits vorher
17 auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreifen, kann es keine neutrale Position geben.
18 Theodor W. Adorno behält recht, wenn er sagt: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“

19 Gerade heute, wo von einer „Erinnerungspolitischen Wende“ und von der „geistigen Rehabi-
20 litation“ von Wehrmachtssoldaten gesprochen wird, muss ein antifaschistischer Richtungs-
21 verband klare Position beziehen. Wir dürfen den politischen Rechten nicht den Erinne-
22 rungsdiskurs überlassen, sondern im Gegenteil, ihn für uns beanspruchen und nicht aufhö-
23 ren, den Finger in die Wunde zu legen. Es stehen immer noch Fragen aus und zu wenig
24 wurde bisher getan, um eine umfassende Aufarbeitung von Privatunternehmen zu ermögli-
25 chen. Die meisten Unternehmen, die in diese Richtung ihre eigene Vergangenheit erfors-
26 chen, tun das auf Eigeninitiative. Für die Aufarbeitung der eigenen DDR Vergangenheit gibt
27 es Fördertöpfe, in mindestens gleichem Maße braucht es das auch für die Aufarbeitung von
28 nationalsozialistischer Vergangenheit. Zusätzlich ist die Beschäftigung mit der Vergangen-
29 heit keine Beliebigkeit, wer lieber schweigt, muss mit Forderungsmaßnahmen konfrontiert
30 werden.

Weiterleitung: Landesparteitag

Io2: Kirchen überprüfen – Verfassungsfeindliche Symboliken entfernen

1 Wir fordern das katholische Büro Niedersachsens, die Evangelische-Lutherische Landeskir-
2 che Hannover, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe, die Evange-
3 lisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig, die Evangelisch-Lutherische Kirche in
4 Oldenburg und die Evangelisch-reformierte Kirche auf, sich aktiv an der Beseitigung von
5 Verfassungsfeindlichen Symbolen aus dem Dritten Reich zu beteiligen und die Kirchen, ins-
6 besondere deren Kirchenglocken, auf nationalsozialistische Beschriftungen zu prüfen und
7 diese ggf. zu ersetzen.

Weiterleitung: Landesparteitag

Io3: Unabhängige Untersuchungsinstanz für Polizist*innen

8 In Deutschland kommt es immer wieder zu unrechtmäßiger Polizeigewalt, Misshandlungen
9 und Amtsmissbrauch. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise 2138 [1] Polizist*innen wegen
10 Körperverletzung angezeigt, davon wurden 33 angeklagt, die Anzahl der Verurteilungen so-
11 wie Anzeigen anderer Straftaten sind unbekannt. Wegen der geringen Wahrscheinlichkeit
12 der Aufklärung wird jedoch oft keine Anzeige gestellt oder Anzeigende werden vice versa
13 mit einer Gegenanzeige (Widerstand gegen die Vollstreckungsbeamte, StGB §113) einge-
14 schüchtert.

15 Gleichzeitig muss unserer Ansicht nach auch betont werden, dass der Großteil der Poli-
16 zist*innen gute Arbeit leistet.

17 Betrachtet man jedoch die Art und Weise, wie gegen Straftaten im Amt ermittelt wird, wer-
18 den einige Schwächen aufgedeckt. Nach einer Anzeige ist die Staatsanwaltschaft dazu ver-
19 pflichtet, Ermittlungen aufzunehmen. Die Ermittlungsverfahren werden jedoch von der Poli-
20 zei übernommen, das heißt Polizist*innen müssen gegen Polizist*innen ermitteln. Zum Teil
21 müssen Polizist*innen gegen Kolleg*innen der eigenen Dienststelle ermitteln, ein Interes-
22 senkonflikt ist da nur verständlich und vorprogrammiert.

23 Daher fordern wir Jusos Niedersachsen eine unabhängige Untersuchungsinstanz für Ermitt-
24 lungen gegen Polizist*innen, um eine unabhängige und unparteiische Untersuchung ge-
25 währleisten zu können. Die Untersuchungsinstanz sei wie folgt aufgebaut:

26 **Struktur:**

27 Die Untersuchungsinstanz soll als eigenständige Einheit außerhalb der exekutiven Struktu-
28 ren eingerichtet werden. Es sollen keine institutionellen oder hierarchischen Verbindungen
29 zwischen den Ermittelnden und verdächtigen Polizist*innen bestehen. Daher soll die Einheit
30 direkt der Generalstaatsanwaltschaft unterstellt werden, da die teils enge Verflechtung zwi-
31 schen Staatsanwaltschaft und Polizei Einfluss auf das Vorgehen haben könnte. Weiterhin

1 soll eine (berufs-) kulturelle Distanz der Ermittelnden gegeben sein, daher soll eine Einstel-
2 lung von Polizist*innen vermieden werden.

3 **Zuständigkeit:**

4 Der Aufgabenbereich umfasst Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Durchführung oder
5 Unterlassung polizeilicher Maßnahmen oder gegen das persönliche Auftreten von Poli-
6 zist*innen.

7 Um die Wirksamkeit des Beschwerdemechanismus gewährleisten zu können, muss die Aus-
8 stattung mit genügend finanziellen Mitteln langfristig sichergestellt sein.

9 **Befugnisse:**

10 Die Untersuchungsinstanz soll mit umfassenden Untersuchungsbefugnissen ausgestattet
11 werden. Eine sofortige Sichtung des Tatortes, das Verhören von Zeugen, uneingeschränkte
12 Akteneinsicht und unangemeldetes Betreten der Polizeidienststellen muss gestattet wer-
13 den.

14 **Beschwerde- oder Ombudsstelle:**

15 Ergänzend zu den polizeiexternen Ermittlungseinheiten sollten die Voraussetzungen für die
16 Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- oder Ombudsstellen geschaffen werden, die
17 Beschwerden und Hinweise auf mutmaßliche Vergehen durch Polizist*innen prüfen und an
18 die Staatsanwaltschaft weiterleiten.

19 [1] <http://www.taz.de/!5273271/> [letzter Abruf am 04.04.2018]

20 Quellen:

21 http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/120529_Kriterien%20für%20eine%20unabhaengige%20Kontrollinstanz%20zur%20Untersuchung%20von%20Polizeigewalt.pdf

22 [letzter Abruf am 04.04.2018]

24 <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/41778> [Letzter Abruf am 04.04.2018]

Weiterleitung: Landesparteitag

Io4: Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus

- „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“

1 Antisemitismus wird mehrheitlich über versteckte Kommunikation geäußert. Der häufigste
2 Umweg ist der israelbezogene Antisemitismus, der mit jedem Aufflammen des Nahost-
3 Konflikts auf schmerzhaft Weise deutlich wird. So wird Kritik an der israelischen Regie-
4 rungspolitik, insbesondere im Umgang mit Palästinenser*innen, als Deckmantel für antise-
5 mitische Ressentiments genutzt, die den Staat Israel dämonisieren oder altbekannte anti-
6 semitische Feindbilder auf Israel projizieren wie beispielsweise den Vorwurf der Brunnen-
7 vergiftung.

8 Die Gefährdung durch diesen verdeckten Antisemitismus nimmt noch dadurch zu, dass er
9 nicht auf dezidiert rechte politische Kreise beschränkt ist, sondern in verschiedenen gesell-
10 schaftlichen Milieus und politischen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Israelbezogener
11 Antisemitismus muss daher als eigenständiges Problem erkannt und bekämpft werden.

12 Diese Zielsetzung kann auf verschiedene Weisen umgesetzt werden.

13 a) Verstärkte **Zusammenarbeit** mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen Anti-
14 semitismus einsetzen. Dieser Aspekt kann vom Unterbezirksvorstand der Jusos Re-
15 gion Hannover für die Bündnisarbeit berücksichtigt werden.

16 b) Interne **Sensibilisierung** für israelbezogenen Antisemitismus. Leitfäden dafür können
17 auf verschiedenem Wege bezogen werden.

18 c) **Öffentlichkeitswirksame** Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und
19 konkrete Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kom-
20 men. Außerdem ein klares und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels
21 und Förderung eines lebendigen Gedenkens an die Verbrechen der Shoa.

22 Aus historischer Verantwortung und tiefer Überzeugung gegen alle menschenverachtenden
23 Ideologien machen wir somit klar: Nie darf vergessen werden, zu welchen grausamen Taten
24 antisemitische Gedanken und Äußerungen bereits geführt haben. Nicht nur klassischer,
25 sondern auch israelbezogener Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz und
26 als Jugendverband, der auf eine gerechte und solidarische Welt hinarbeitet, fühlen wir uns
27 dazu verpflichtet, jeglichem antisemitischem Gedankengut entschlossen entgegenzutreten.

Io5: E-Sport endlich als Sportart anerkennen

28 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der E-Sport-Landschaft in Deutschland an. Da E-
29 Sport wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeutung sind,
30 Training und Sportstrukturen erfordert, werden wir E-Sport künftig vollständig als eigene
31 Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht anerkennen und bei der Schaffung einer olympi-
32 schen Perspektive unterstützen. Gleichzeitig zur Förderung von Talente im E-Sport fordern
33 wir, dass mehr Präventionsarbeit zum Thema Spielsucht gemacht wird, da wir uns bewusst
34 sind, dass Suchterscheinungen bei E-Sport wesentlich häufiger anzutreffen sind, als bei den
35 traditionellen Sportarten.

ANTRAGSBEREICH: **O- Organisation**

Oor: Einsetzung einer Kommission zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses, „Weihnachtsgeld niedersächsischer Beamt*innen“ vom 14.04.2018

- 1 Wir fordern den Landesparteirat der SPD Niedersachsen auf, eine Kommission zur Umset-
- 2 zung des Landesparteitagsbeschlusses 1.6 „Weihnachtsgeld niedersächsischer Be-
- 3 amt*innen“ vom 14.04.2018 einzusetzen.
- 4 Diese soll sich jeweils hälftig aus Mitgliedern der Landtagsfraktion und aus Mitgliedern der
- 5 Partei zusammensetzen. Sie soll u.a. in Gesprächen mit Gewerkschaften Vorschläge zur
- 6 Umsetzung erarbeiten und diesem dem Landesparteirat im Jahr 2019 als Beschlussempfeh-
- 7 lung vorlegen.

Weiterleitung: Landesparteirat

Oo2: Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.

- 1 Im Diskurs über die SPD erneuert werden viele und wichtige Neuerungen besprochen. Die
- 2 Jusos haben hierbei einen Schwerpunkt auf die Aus- und Weiterbildung der Genoss*innen
- 3 gelegt.
- 4 Neben den vielen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Ortsvereinen, in den Räten,
- 5 bei den Jusos und in den SPD-Gremien, fordern wir die Möglichkeit am Herz der Sozialde-
- 6 mokratie, in Berlin, im WBH, Praktika absolvieren zu können.
- 7 Das politische Berlin bildet momentan meist nur sich selber weiter und es ist schwer für
- 8 Genoss*innen, außerhalb der „Blase Berlin“ einen Einstieg in das Arbeitsleben zu schaffen.
- 9 Die Erfahrungen und das Wissen was junge Genoss*innen aus dem WBH mitnehmen kön-
- 10 nen ist immens und sollte nicht nur in Berlin bleiben, sondern auch den Landesverbänden
- 11 und Bezirken zugutekommen.
- 12 Deshalb fordern wir, dass die Hälfte der angebotenen Praktikplätze an Genoss*innen aus
- 13 Landesverbänden abseits Berlins vergeben werden. So haben die Berliner*innen trotzdem
- 14 noch die Möglichkeit im WBG Erfahrungen zu sammeln, es besteht aber gleichzeitig eine
- 15 Durchmischung der Praktikant*innen vor Ort und die restlichen Landesverbände sowie
- 16 Bezirke haben die Möglichkeit junge und engagierte Genoss*innen zu entsenden und von
- 17 den Erfahrungen aus dem WBH zu profitieren.
- 18 Der Parteivorstand wird hiermit aufgefordert eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen
- 19 für Praktikant*innen zu prüfen und gesellschaftlich mit einem positiven Beispiel voranzuge-
- 20 hen. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit Unterkünfte vom Parteivorstand bereitge-
- 21 stellt werden können und ob ein Nahverkehrsticket der Berliner Verkehrsbetriebe bei Ar-
- 22 beitsantritt ausgegeben werden kann.

ANTRAGSBEREICH: **S- Sonstiges**

So1: Keinen weiteren religiösen Feiertag in Niedersachsen

- 1 Wir fordern, dass wir keinen weiteren religiösen Feiertag in Niedersachsen bekommen.
- 2 Wenn ein neuer Feiertag in Niedersachsen eingeführt werden sollte, was wir sehr begrüßen
- 3 würden, soll es ein neutraler Feiertag sein.

So2: Tanzverbot

- 4 Die Jusos Niedersachsen setzen sich für die Abschaffung des Tanzverbots an stillen Feiertagen in Niedersachsen ein.
- 5

ANTRAGSBEREICH: **U- Umwelt**

Uoi: The Day After Tomorrow – Unsere Vorstellungen zu Umwelt, Energie und Verkehr

1 Der Juso-Bezirk Braunschweig war im Bundesverband jahrelang für seine starke umweltpoli-
2 tische Ausrichtung bekannt. Eine stärkere Fokussierung in diesem Themenbereich ist auch
3 heute von großer Relevanz. Schließlich ist eine saubere Umwelt die Voraussetzung dafür,
4 dass Menschen weltweit ein gesundes Leben frei von Naturkatastrophen führen können.
5 Daher beschäftigen wir uns in den folgenden Passagen mit den zentralsten umweltpoliti-
6 schen Aspekten, die unter anderem auch den hiesigen Energiesektor und die Verkehrsinf-
7 rastruktur beleuchten.

8 1.1. Zurück in die Zukunft 9 Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen

10 Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass öffentliche Aufgaben, die der Grundversorgung
11 der Bevölkerung dienen, auch von der öffentlichen Hand bedient werden. Dazu gehört ins-
12 besondere die Strom- und Wasserversorgung der Menschen in unserer Gesellschaft. Wir
13 setzen in diesen Bereichen auf dezentrale Unternehmen, die vor Ort die Ressourcen kos-
14 tengünstig zur Verfügung stellen. Die nutzergerechte Versorgung dieser Güter ist ein öffent-
15 liches Interesse, deshalb stellen wir uns gegen sämtliche Privatisierungspläne. Darüber hin-
16 aus setzen wir uns dafür ein, dass (teil-)privatisierte Unternehmen in diesem Bereich wieder
17 vollständig rekommunalisiert werden.

18 1.2. Zurück in die Zukunft Teil 2 19 Erneuerbare statt fossile Energien

20 Der Wandel im Energiebereich schreitet voran. Während in Deutschland bis zum Jahr 2022
21 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, steigt der Anteil an erneuerbaren Energien bei
22 der Versorgung der Bevölkerung kontinuierlich an. Unser Ziel bleibt dabei langfristig die
23 Vollversorgung des gesellschaftlichen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu errei-
24 chen. Dabei muss nun der nächste Schritt eingeläutet werden. Wir benötigen eine feste
25 Zielsetzung, in welchem Zeitraum der Ausstieg aus der umweltschädlichen Kohlekraft erfol-
26 gen soll. In diesem Zusammenhang sehen wir in der Abscheidung, Speicherung und Wie-
27 derverweudung von Kohlenstoffdioxid (CCS & CCR) auf Basis der ökologischen Nachhaltig-
28 keit kein geeignetes Energieversorgungsmittel, da diese Technologie gegenteilige Anreize
29 schafft, den Verbrauch an fossilen Rohstoffen zu reduzieren. Darüber hinaus sehen wir im
30 Verfahren des „Hydraulic Fracturing“ (kurz: „Fracking“) zur Erdöl- und Erdgasförderung eine
31 zu große umweltpolitische Gefahr, da die geförderten Ressourcen das zum Trinkwasser

1 genutzte Grundwasser verunreinigen können. Wir lehnen aus diesen und weiteren Grün-
2 den Fracking ab.

3 Stattdessen setzen wir auf einen erneuerbaren Energiemix aus Solar-, Wind-, Wasser-, Bio-
4 und Erdwärmeenergie mit entsprechenden staatlichen Förderungen dieser Energiezweige
5 bei zeitgleichem Abbau der Förderung von fossilen Energieträgern. Wir möchten aus
6 Deutschland ein Vorzeigeland machen und die erste Volkswirtschaft sein, die innerhalb die-
7 ses Jahrhunderts aus erneuerbaren Energiequellen alle gesellschaftlichen Bedarfe bedient,
8 sodass auch andere Länder weltweit der globalen Erderwärmung durch steigende CO2-
9 Emissionen entgegentreten. Bei dem Energiewandel ist insbesondere darauf zu achten,
10 dass dezentrale Energiestrukturen geschaffen werden, anstatt einseitig auf zentrale Projek-
11 te wie Offshore-Windparks zu setzen.

12 1.3. Zurück in die Zukunft Teil 3 13 Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben

14 Unser Ziel bleibt es den motorisierten Individualverkehr durch die Schaffung von attraktiven
15 Strukturen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr zu verdrängen. Das bedeutet,
16 dass wir uns für weitere Streckenerschließungen und Taktzeitverbesserungen in kommunal-
17 en und interkommunalen Zusammenhängen stark machen. Um vor allem jungen Men-
18 schen die Teilhabe an der Gesellschaft möglichst uneingeschränkt zu ermöglichen, fordern
19 wir einen bundesweit kostenlosen ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler. Perspektivisch
20 soll diese Kostenfreiheit auch auf alle weiteren Personengruppen fahrscheinlos umgesetzt
21 werden. Außerdem möchten wir den Aufbau eines interkommunalen Nachtlinienverkehrs-
22 netzes in unserer Region vorantreiben. Wir setzen dabei auch langfristig darauf, dass der
23 schienengebundene Nahverkehr auf- und ausgebaut wird, da hierdurch unter anderem
24 mehr Menschen effizienter transportiert werden können.

25 Aber auch für die Fernverkehrsstrecken müssen die Verbindungen ansteigen. Wir setzen
26 uns für den Anstieg von Haltepunkten auf dem Streckennetz der Deutschen Bahn in Städ-
27 ten und Gemeinden bei gleichzeitiger Verbesserung der Taktzeiten bundesweit ein. In die-
28 sem Zusammenhang stellen wir uns gegen die Abwicklung des Zugverkehrs durch private
29 Unternehmen auf den Gleisstrecken der Deutschen Bahn. Diese haben in der Vergangen-
30 heit die Qualität der Fahrten durch zunehmende Zugausfällen oder Stromausfällen inner-
31 halb der Fahrzeuge verschlechtert.

32 1.4. Minority Report 33 E-Mobilität fördern

34 Auch wenn wir für uns der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes an erster Stelle steht,
35 sind wir uns der Tatsache bewusst, dass der motorisierte Individualverkehr auch in Zukunft
36 eine Rolle spielen wird. Wir wollen uns daher ebenfalls darum kümmern, dass dieser Ver-
37 kehrsweg zukunftsfähig umgestaltet wird. Da wir uns dafür einsetzen, die Gewinnung von

1 Strom in Deutschland noch in diesem Jahrhundert zu 100% aus erneuerbaren Energien zu
2 produzieren, befürworten wir eine staatlich geförderte strukturelle Neuausrichtung der Au-
3 tomobilindustrie, den Anteil von Elektroautos für alle produzierten Neufahrzeuge stetig zu
4 erhöhen. Dies muss parallel mit einem Ausbau von Elektrotankstellen bundesweit begleitet
5 werden.

6 1.5. Höllentour 7 Fahrradinfrastruktur ausbauen

8 Wir Jusos stehen seit Jahren dafür ein, dass sich die Fahrradinfrastruktur innerhalb der
9 Städte aus umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten verbessert. Neben dem Ausbau
10 von Fahrradwegen neben der Straße oder aus Platznot begründeten Etablierungen von
11 Fahrradstraßen, möchten wir zunehmend auf ein breites Angebot staatlich und privat orga-
12 nisierter Bike-Sharing-Modelle hinarbeiten.

13 Doch wir wollen auch die Situation für FahrradfahrerInnen verbessern, die oft zwischen
14 Dörfern oder gar Kommunen pendeln. Zwar gibt es in unserer Region über einige Landstra-
15 ßen und Feldwege bereits gut erschlossene Fahrradwege, diese sind aber oft nicht eindeu-
16 tlig miteinander verbunden bzw. bestehende Verbindungen sind als solche nicht gut genug
17 gekennzeichnet. Diesen Missstand wollen wir beheben und außerdem dafür Sorge tragen,
18 dass wir perspektivisch alle Bundes- und Landstraßen nach Möglichkeit mit separierten
19 Fahrradwegen neben der KfZ-Fahrspur ausstatten.

20 1.6. Wall-E 21 Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

22 Wenn man von dem Ziel zur Eindämmung der weltweiten Umweltverschmutzung spricht,
23 weiß man gar nicht, wo man genau anfangen soll: So tragen neben der bereits aufgeführten
24 Beschreibung zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, die zum allgemeinen Klimawandel bei-
25 tragen soll, andere Faktoren momentan noch dazu bei, dass die weltweiten ökologischen
26 Belastungen noch immer zunehmen. Zu nennen sind hierbei vor allem die konkret-
27 spürbare Luftverschmutzungen durch Staub und Ruß, Wasserverschmutzungen durch un-
28 geklärte (Plastik-)Abfälle oder die Rodung von (Regen-)Wäldern.

29 Dieser Tatsache wollen wir mit dem Motto „Global denken, lokal handeln“ begegnen. Anstatt
30 große Erwartungshaltungen in Bezug auf bald stattfindende Weltklimakonferenzen zu schü-
31 ren, die bis auf eine Ausnahme immer der Enttäuschung endeten, dass man sich internati-
32 onal entweder gar nicht oder nur auf so geringe Minimalziele einigen konnte, die weder
33 ausreichend dafür sind den Klimawandel aufzuhalten noch einen rechtsverbindlichen Cha-
34 rakter haben, müssen wir innerhalb unseres Wirkungsbereiches dafür kämpfen, Ziele dar-
35 über hinaus zu definieren, die den Umweltschutz weiter voranbringen. Ein gutes Beispiel
36 hierfür ist das von der EU verabschiedete Verbot zur Herausgabe von Plastiktüten im Ein-

- 1 zelhandel. Weiterhin sollte Deutschland als eines der größten Industrieländer mit gutem
- 2 Beispiel vorangehen und viel mehr zur Umweltentlastung beitragen als bisher.

- 3 Dagegen sprechen wir uns gegen den Handel von Emissionsrechten aus, da er falsch kon-
- 4 struiert ist. Der Emissionshandel schafft nämlich wirtschaftliche Anreize für Unternehmen,
- 5 in jedem Fall nicht mehr zum Umweltschutz beizutragen als es internationale Minimalziele
- 6 formuliert haben.

U02: Kleines Tier - kleiner Käfig? Gesetzliche Mindestgrößen gegen Tierquälerei

- 1 Wir fordern, dass die Tierquälerei durch zu enge Käfige für kleine Säugetiere (Hamster,
- 2 Mäuse, Ratten, ...) durch gesetzliche Mindestgrößen beendet wird. Dazu gehört auch das
- 3 Verbot von Gitterkäfigen und Mindestgrößen für Zubehör (wie Laufräder etc.)

Weiterleitung: Landesparteitag

U03: Eindämmung der Plastik-Nutzung im eigenen Verband

- 4 Wir fordern unseren eigenen Plastikverbrauch im Verband zu reduzieren. Wir alle sollten
- 5 darauf achten, sofern möglich, bei Landesverbandswochenenden oder Veranstaltungen der
- 6 Jusos Niedersachsen auf unnötiges Plastik zu verzichten. Die bisher verwendeten Einweg-
- 7 becher, Einwegbestecke oder PET-Flaschen aus Plastik sollen abwaschbaren, mehrfach ver-
- 8 wendbaren, nachhaltigen Alternativen wie verbandseigendem Geschirr weichen, dies soll
- 9 von der SPD bezahlt werden.

U04: Kein BYOD (Bring Your Own Device) an niedersächsischen Schulen

- 10 In niedersächsischen Schulen kommt es vermehrt zum Einsatz von digitalen Mobil-Geräten
- 11 bspw. Notebook und Tablets. Dies wird in Zukunft vermehrt stattfinden und wird von uns
- 12 im Kontext neuer digitalen Formen der Bildung begrüßt.
- 13 Jedoch ist die Anschaffung dieser Geräte mit erheblichen Kosten verbunden. Daher fordern
- 14 wir, dass es nicht an den Schüler*innen hängen bleibt diese Geräte zu kaufen.
- 15 Stattdessen gehören für uns mobile Geräte zu Bildungsmaterialien, welche vom Land zu
- 16 kaufen sind und gebührenfrei an Schüler*innen weitergegeben werden.

Weiterleitung: Landesparteitag

U05: Mehr Flauschigkeit wagen – Alpakas auf dem Göttinger Kehr ansiedeln und auswildern

- 1 Wir fordern den Aufbau einer stabilen Population von Alpakas im Wildtiergehege auf dem
- 2 Göttinger Kehr, um die Artenvielfalt in Göttingen und damit auch Niedersachsen weiter aktiv
- 3 voranzubringen und die Attraktivität der Naherholung zu steigern. Eine Refinanzierung der
- 4 zur Anschaffung notwendigen Gelder kann durch den Verkauf von Wollwaren (beispielsweise
- 5 Socken, Handschuhe oder Ohrenschützer) aus Alpakawolle ermöglicht werden.

- 6 Mittel- bis langfristig fordern wir – nach norddeutschem Vorbild – eine Auswilderung der
- 7 (noch) nicht einheimischen Tierart in den Niedersächsischen Wäldern sowie dem Umland.
- 8 Die oberste Priorität ist die Steigerung der touristischen Attraktivität Niedersachsens, sowie
- 9 eine freie Entfaltungsmöglichkeit der Paarhufer fernab von Zäunen und Beschränkungen.

U06: Als die Tiere den Wald verließen – Eine Geschichte vom Wolf

- 10 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD Niedersachsen auf, an einer sachlichen Diskussi-
- 11 on über den Wolf festzuhalten und sich nicht auf eine Debatte über die Entnahme von Tie-
- 12 ren zu beschränken, sondern sich vermehrt für den Herdenschutz, Aufklärungs- und Ent-
- 13 schädigungsmaßnahmen der Besitzer*innen potentieller Beutetiere einzusetzen.

Weiterleitung: Landesparteitag

ANTRAGSBEREICH: **V- Verkehr**

Voi: Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/ stärken

- 1 Wir fordern den Erhalt ländlicher Infrastrukturen in Niedersachsen. Es ist wichtig, dass jeder
- 2 Bürger an das Verkehrsnetz angebunden ist. Dieses müssen wir in Niedersachsen sicher-
- 3 stellen.

Weiterleitung: Landesparteitag

Voz: Mehr Güterverkehr auf die Schiene – kombinierten Verkehr optimieren

- 4 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen dazu auf, dafür
- 5 zu sorgen, dass der Güterverkehr in Niedersachsen stärker von der Straße auf die Schienen
- 6 verlagert wird und der sogenannte kombinierte Verkehr weiter optimiert wird. Hierbei soll
- 7 darauf geachtet werden, dass dieser nicht den Personenverkehr von der Schiene verdrängt,
- 8 sondern ein Schienenausbau stattfindet, sollten einzelne Schienen oder das Schienensys-
- 9 tem überlastet sein.

Weiterleitung: Landesparteitag

Voz: Zweite Klasse auf das Abstellgleis. Einheitsklasse im Schienenverkehr

- 10 Die Jusos Niedersachsen fordern die Abschaffung der zweiten Klasse in allen Zügen im
- 11 deutschen Schienenpersonennahverkehr. Die Deutsche Bahn sowie die einzelnen privaten
- 12 Eisenbahngesellschaften werden durch die Aufgabenträger der Länder dazu verpflichtet,
- 13 künftig nur noch eine Einheitsklasse in den Zügen des Nahverkehrs anzubieten, um Kapazi-
- 14 tätsprobleme in den Stoßzeiten und im Alltag entgegenzuwirken. Mobilität soll für alle Men-
- 15 schen gleichermaßen preiswert zur Verfügung stehen und die erste Klasse im Nahverkehr
- 16 als Rudiment aus alten Zeiten auf das Abstellgleis verbannt werden.

Weiterleitung: Landesparteitag

ANTRAGSBEREICH: **Initiativanträge**

Inii: Jusos Niedersachsen verurteilen Polizeieinsatz beim „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar

- 1 Die Jusos Niedersachsen verurteilt die überzogenen Polizeikontrollen im Vorfeld und wäh-
- 2 rend der Gegendemonstrationen zum „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar am 02. Juni
- 3 2018. Die polizeilichen Maßnahmen haben zu einer nicht hinnehmbaren Einschränkung des
- 4 Demonstrationsrechts geführt. Dies verurteilen wir.

- 5 Die Erklärungen des Polizeisprechers noch am Veranstaltungsort, bei den Durchsuchungen
- 6 der Busse über 400 gefährliche Gegenstände beschlagnahmt zu haben weisen wir zurück.
- 7 Hierbei handelte es sich größtenteils um Kleidungsstücke, Stadtkarten, Regenschirme und
- 8 Halterungen für Transparente. Die Beschlagnahmungen führten u.a. dazu, dass Teilneh-
- 9 mer*innen ihre angefertigten Transparente nicht zeigen konnten. In Goslar wurden die
- 10 massiven Kontrollen fortgeführt, wodurch Teilnehmer*innen mehrfach längere Zeit aufge-
- 11 halten wurden und so nicht oder nur teilweise an ihren Kundgebungen teilnehmen konn-
- 12 ten. Auf der Gegenseite wurde hingegen nur ein Bruchteil der Neonazis kontrolliert.

- 13 Dies Ungleichbehandlung zugunsten der Feind*innen der Demokratie muss aufgearbeitet
- 14 und in Zukunft verhindert werden. Alle Menschen müssen ihr Recht auf Demonstrations-
- 15 und Meinungsfreiheit bei Kundgebungen und Demonstrationen frei ausüben können. Die
- 16 Landtagsabgeordneten der SPD werden daher angehalten die Geschehnisse parlamenta-
- 17 risch aufzuklären und sich in Zukunft für eine faire polizeiliche Behandlung von Antifa-
- 18 schist*innen einzusetzen.

Iniz: Polizeigesetz in die Schranken weisen

1 Nach Bestrebungen der Großen Koalition im Land soll das Niedersächsische Gesetz über
2 die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) "reformiert" werden. Ziel ist die Verab-
3 scheidung des neuen Niedersächsischen Polizeigesetzes (NPOG).

4 Der Gesetzesentwurf sieht viele Verschärfungen in verschiedenen Bereichen vor.

5 So sollen z.B.

- 6 • die Anwendungsfälle zum Einsatz von elektronischen Fußfesseln ausgeweitet wer-
7 den,
- 8 • die Videoüberwachung von Gefangenen eingeführt werden,
- 9 • die Bedingungen, unter denen eine Telekommunikationsüberwachung möglich ist,
10 erleichtert werden,
- 11 • eine Ausschlussklausel, nach der der Einsatz von verdeckt agierenden Polizeispitzeln
12 unter bestimmten Bedingungen nicht mehr durch einen Richter genehmigt werden
13 muss, eingeführt werden,
- 14 • Teaser noch vor dem Einsatz des Schlagstocks angewendet werden dürfen,
- 15 • Hilfspolizist*innen der Einsatz von Schlagstöcken erlaubt werden,
- 16 • ein Vermummungsverbot als Straftat verankert werden und
17 • bis zu 74 Tage Präventivhaft für sog. "Gefährder" erlaubt sein.
- 18

19 Dies sind nur Beispiele für Verschärfungen im neuen Gesetz.

20 Die SPD sollte keine reaktionär und konservative, sondern eine linke Innen- und Sicher-
21 heitspolitik vertreten. Die aktuelle Fassung des NPOG schränkt die Rechte von Bür-
22 ger*innen stark ein. Die vorgesehenen Freiheitseinschränkungen stehen in keinem Verhält-
23 nis zu den versprochenen Sicherheitsvorteilen.

24 Deshalb fordern die Jusos Niedersachsen die SPD-Landtagsfraktion auf, den geplanten Vor-
25 schlag des NPOG abzulehnen.

Ini3: Strafzahlungen für ÖPNV Ausbau nutzen

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass die Strafzahlung des Volkswagen-Konzerns in
- 2 Höhe von einer Milliarde Euro bei der Haushaltsklausur der Landesregierung Niedersachsen
- 3 am 24. Juni 2018 für den Ausbau des ÖPNV reserviert wird.

Ini4: Verpflichtende Vergütung für in Prüfungsordnungen festgeschriebene Praktika

- 4 Forderung:
- 5 Wir fordern eine Reform des Mindestlohngesetzes aus dem Jahre 2015 (MiLoG): Sämtliche
- 6 in Prüfungsordnungen, sowie verpflichtende Praktika im Zuge von schulischen Ausbildungen,
- 7 festgeschriebenen Pflichtpraktika sollen nicht vom Mindestlohn ausgeschlossen werden,
- 8 sondern mindestens mit ebenjenem vergütet werden.

Ini5: „AnKER lichten, CDU-Populismus versenken!" - Gegen AnKER-Zentren, für eine menschenwürdige und rechtssichere Asyl-Politik in Niedersachsen und über- all!

- 1 Der CDU-Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann sprang jüngst
2 Bundesinnenminister Seehofer und dessen Forderungen nach sogenannten „AnKER-
3 Zentren" bei, diese gingen „in die richtige Richtung". Zudem sei „die unregelte Zuwande-
4 rung" laut Althusmann „ein echtes Problem". Nun hat die CDU-Fraktion im Niedersächsi-
5 schen Landtag am Freitag ohne Abstimmung mit der SPD auch noch ein Konzept für die
6 Einrichtung von Ankerzentren in Niedersachsen vorgestellt.
- 7 Wir, die Jusos Niedersachsen, lehnen die populistischen Vorstöße der CDU ab und fordern
8 eine menschenwürdige und rechtssichere Asyl-Politik für geflüchtete Menschen, in Nieder-
9 sachsen und überall. Eine langfristige Kasernierung, die nur auf schnelles Abschieben ab-
10 zielt und Integration unmöglich macht, ist keine praktikable sinnvolle Lösung.
- 11 AnKER-Zentren sind nichts weiter als Internierungslager und die Pläne von Horst Seehofer
12 stoßen nicht umsonst auf heftige Kritik. So drückten beispielsweise rund 20 Verbände und
13 zivilgesellschaftliche Organisationen wie die AWO, PRO ASYL und terre des hommes in ei-
14 nem Offenen Brief an u.a. das Bundes-Innen- und Familienministerium ihre Besorgnis über
15 die Rechte und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in derartigen Zentren aus.
16 PRO ASYL kritisiert weiterhin die „Entrechtung der Asylsuchenden". Geflüchtete sollten
17 „entmutigt" und dazu gebracht werden, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Auch z.B. die
18 Gewerkschaft der Polizei lehnt die Vorstellung des Bundesinnenministeriums von der Be-
19 wachung der Lager durch die Bundespolizei ab, da man kein Wachpersonal sei, sondern
20 ausgebildete Polizist*innen.
- 21 Besonders zynisch ist es, dass die CDU Niedersachsen sich in ihrem Papier auf einen Absatz
22 im Koalitionsvertrag auf Bundesebene bezieht, in dem auch eine „unabhängige und flä-
23 chendeckende Asylverfahrensberatung" für AnKER-Zentren erwähnt wird. Doch ausgerech-
24 net die neue niedersächsische CDU-Justizministerin, Barbara Havliza, bzw. ihr Ministerium
25 verlängert nun ein Beratungsangebot für Abschiebegefangene nicht. Dabei zeigen die Zah-
26 len aus Niedersachsen, wie wichtig derartige Angebote für Menschen mit mangelnden
27 Kenntnissen zum Justizsystem und zur Sprache sein können: in 124 Fällen hätten die bera-
28 tenen Geflüchteten laut Niedersächsischem Flüchtlingsrat Rechtsmittel gegen die Anord-
29 nung der Abschiebungshaft eingelegt. In knapp 44% der Verfahren hätten Gerichte dann
30 entschieden, dass die Abschiebungshaft rechtswidrig gewesen sei.
- 31 Wir fordern die niedersächsische CDU und ihren Vorsitzenden Althusmann dazu auf, die
32 aufgeheizte Debatte über Flucht und Asyl hierzulande nicht noch weiter mit Populismus
33 und Schlagwort-Politik zu befeuern.

- 1 Von unserer Mutterpartei fordern wir ein striktes Zurückweisen der Forderungen nach An-
- 2 KER-Zentren oder ähnlichen Internierungslagern und plädieren für eine humane Flücht-
- 3 lingspolitik, die nicht auf Isolation und schnelles Abschieben abzielt. Zudem muss dringend
- 4 geprüft werden, wieso es so viele dramatische Mängel in Sachen Abschiebehaft gibt und ob
- 5 zusätzliche Mittel für Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden können.

- 6 Flucht ist kein Verbrechen und geflüchtete Menschen sollten auch dementsprechend be-
- 7 handelt werden.